275. Dienstag den 24. November 1863. 275.

Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis **10 Uhr** Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 24. November. Der Königliche Eisenbahnbaumeister Ruchholz zu Altena ist in gleicher Eigenschaft zur Niederschlesisch-märkischen Eisenbahn nach Görlitz versetzt worden.

Telegramme der Posener Zeitung.

Hamburg, Montag, 23. November Abends. Wie versichert wird, verweigern der Administrator der Grafschaft Rantzau, Kammerherr v. Moltke, das gesammte Altonaer Magistrats- und Justiz-Kollegium, die Altonaer Gymnasialprofessoren, fast alle Altonaer Advokaten und das gesammte Personal der holsteinischen Regierung zu Altona vom Bureauchef abwärts ebenfalls den Huldigungseid.

Stockholm, Montag, 23. November Nachmitt. In der heutigen Sitzung des Reichstages verlangte die Regierung ein neues Extracreditiv auf Höhe von drei Millionen zu Kriegsrüstungen.

Es herrscht hier ebenso Mißtrauen gegen den König von Dänemark, wie Erbitterung gegen den Herzog von Schleswig-Holstein-Augustenburg.

Wien, 23. November Abends. Die heutige „Ostdeutsche Post“ sagt in einem Artikel über die schleswig-holsteinsche Angelegenheit: „Oestreich und Preußen seien an den Londoner Vertrag gebunden; die Rechte der Herzogthümer seien in demselben nicht in Frage gestellt. Die Mächte könnten es nicht verhindern, falls Deutschland genöthigt sein werde, sein gutes Recht zu erzwingen. Es sei nothwendig, die Verfassungsfrage von der Successionsfrage zu trennen. Das unzweifelhafte Recht fordere Erfüllung, zweifelhaftes erheische Untersuchung. Oestreich werde kein Opfer zum Schutze des Rechtes Deutschlands auf die Herzogthümer scheuen, wünsche jedoch, daß die natürlichen Schwierigkeiten ohne dringende Noth nicht noch potenzirt würden.“

Die schleswig-holsteinsche Frage.

Die Bevölkerung der Herzogthümer weiß recht wohl, daß sie nicht abwarten darf, bis Andere kommen, ihre Rechte in Schutz zu nehmen. Sie muß zuerst für dieselben eintreten, thatsächlich zeigen, welchen Werth ihre Selbstständigkeit für sie hat, und zu neuen Opfern entschlossen sein. Dann wird Deutschland folgen, es kann sie nicht im Stiche lassen. Waffen haben sie nicht, aber sie werden den Muth eines eisernen Willens haben und ihre lange Ausdauer mit festem, stolzem Widerstande gegen die dänische Herrschaft krönen. Passiver Widerstand, das sei ihre Losung, vor allem Verweigerung des ihnen angesonnenen Huldigungseides. Diese ist ihr Recht und ihre Pflicht. Ihr Herzog hat in seiner Proklamation seine Rechte in Anspruch genommen, der Bevölkerung seine Hingebung gelobt, das Londoner Protokoll kennen sie nicht; sie haben mithin keinem Anderen zu huldigen, als ihrem legitimen Fürsten. Wer will sie dafür zur Verantwortung ziehen? Es ist möglich, daß ihre Sache nicht triumphirt, daß die deutschen Großmächte wieder einmal den rechten Augenblick zum Handeln versäumen und sich zu einem schwächlichen Kompromiß herbeilassen, wer will selbst dann die Bevölkerung dafür bestrafen, daß sie dem legitimen Fürsten gehuldigt hat? Diese Anschauung der Dinge scheint auch bereits im Lande Platz gegriffen zu haben. Die höchsten Landesbehörden, die Universität, hochgestellte Männer sind mit der Eidesverweigerung für König Christian vorangegangen. Das Volk wird ihnen unzweifelhaft wie ein Mann folgen.

Das Gefühl der Einheit hat die deutschen Bewohner der Herzogthümer immer beseelt. Sie werden auch dieses Mal einig sein; Holstein wird sicher nur einen Willen haben, die Bevölkerung von Schleswig ebenfalls, so weit die deutsche Zunge reicht. Sollten sich aber dort Zweifel erheben, ob dieses Herzogthum deutsch oder dänisch sein will, so möge eine Abstimmung eintreten, eine unbeeinflußte freie Abstimmung, und das Ergebniß dieser möge entscheiden. Das ist mindestens ein Ausweg, den Kaiser Napoleon acceptiren muß; er entspricht dem Nationalitäts- und dem von ihm angenommenen Selbstbestimmungsprinzip. Den deutschen Regierungen aber und dem Bundestage muß dieses Auskunftsmittel ebenfalls genügen; denn ihre Politik läuft nicht auf Eroberung neuer Provinzen, sondern auf den Schutz des Rechts deutscher Stämme hinaus, auch ihre Verpflichtungen würden aufhören, sobald Schleswig erklärt haben würde, daß es kein deutsches Land sei. Fällt aber die Abstimmung anders aus, so bleibt Deutschland auch verpflichtet, für das Bundesland einzustehen.

Was sollte endlich England gegen die Rückkehr der Herzogthümer in die Arme Deutschlands haben? Dänemark — sagt die englische Presse — darf nicht geschwächt werden; es liegt im Interesse Englands, es als eine Seemacht mindestens zweiten Ranges zu erhalten.

Wohlan, wenn aber eben so unerwartet, wie jetzt veränderte Erbfolge einträte, und Rußland käme, seine Erbrechte auf den dänischen Thron geltend zu machen, würde es dann noch Englands Interesse sein, Dänemark als eine ansehnliche Seemacht, in russischen Besitz übergehen zu sehen? Gewiß nicht. Und da eine solche Eventualität nicht zu fern liegt, so ist die Politik des englischen Kabinets zur Erhaltung der dänischen Gesammtmonarchie falsch, und der weise Pam wird vielleicht noch bei guter Zeit einlenken.

Rußland aber hat wohl Gründe genug, sich dem deutschen Bunde und besonders Preußen entgegenkommend zu beweisen. Zu unserem Staunen finden wir, daß die russischen Blätter sich mit Erbitterung gegen die Rechte des Herzogs von Holstein aussprechen. Wir schreiben dies einer trüben Auffassung der politischen Verhältnisse Rußlands zum europäischen Norden zu. Sollte Rußland je darauf ausgehen, in unserem Norden deutsche Besitzungen zu erwerben, so würde es nur das Mißtrauen in Deutschland nähren und es zu feindlichen Alliancen drängen. Andererseits könnte es doch niemals festen Fuß in Deutschland fassen, da seine Zukunft in einer ganz entgegengesetzten Richtung liegt, von der dieser Staatenkoloß nur zu seinem eigenen Ruin abweichen würde.

Wir sehen daher die gegenwärtige Konstellation für die Herzogthümer als eine durchaus günstige an, indem wir auf die Einsicht der Kabinette rechnen, auf die Einsicht, welche den eignen Vortheil versteht. Nur die Interessen werden befragt werden, auf idealere Motive bauen wir nicht. Aber alle Interessen sprechen für die Unabhängigkeit der Herzogthümer, und da auch ihr eignes gutes Recht dafür spricht, wird ihnen einmüthiges, entschlossenes Vorgehen auch keine Gefahr bringen.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 23. Novbr. Wie die „Kreuzzeitung“ hört, sind einige Ernennungen in das Herrenhaus aus Allerhöchstem Vertrauen erfolgt. Das Blatt nennt folgende Namen: Geh. Regierungsrath a. D. v. Kröcher in Berlin, Geh. Obertribunalsrath von Caprivi, Geh. Obertribunalsrath Professor Dr. Heffter, Professor Leo (Halle), Regierungs-Präsident a. D. v. Senden, Baron v. Hertefeld, Geh. Rath v. Ramin. — In der Militärnovelle soll, so erzählt man, eine Bestimmung sein, wonach in Kriegsfällen alle diensttauglichen jungen Männer schon vom 17. Jahre herangezogen werden können. — Der General-Lieutenant und Chef des Generalstabes der Armee, Frhr. v. Moltke, hat sich in Begleitung des Majors im großen Generalstabe, Graf v. Wartensleben, nach Frankfurt a. M. begeben, um an den Berathungen der Kommission Theil zu nehmen, welche die näheren Anordnungen zu dem eventuellen Vollzuge der Bundes-Exekution in Holstein zu erwägen haben wird. — Von einer Anzahl hier studirender Schleswig-Holsteiner ist eine Adresse an den Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein unterzeichnet und nach Frankfurt a. M. abgeschickt. Eine gleichlautende Adresse ist von den Studenten in Bonn, Heidelberg und Göttingen erlassen worden. — Gestern Mittags erfolgte hier die Verhaftung des Schriftstellers Lassalle auf Grund eines gerichtlichen Haftbefehls, der ihn des Hochverraths bezüchtigt. Die Verhaftung wurde durch eine große Anzahl von Schutzmännern in dem Lokale „Eldorado“ ausgeführt, in welchem Herr Lassalle einen Vortrag angekündigt hatte.

— Ueber die Stellung der Regierung zu der Frage in Betreff des Verhaltens der Beamten bei den Wahlen gehen der Nordd Allg Z. folgende weitere zuverlässige Andeutungen zu:

Die Tendenz des Erlasses des Herrn Ministers des Innern vom 24. September d. J. ging dahin, den k. Verwaltungsbeamten ins Gedächtniß zu rufen, was Pflicht und Eid von ihnen verlangt, sie darauf aufmerksam zu machen, daß politische Wahlen, unter Umständen wie die jetzigen zum Prüfstein ihrer treuen Gesinnung werden würden, und sie darauf hinzuweisen, daß die Regierung sich zu denjenigen Beamten, welche Stellen von politischer Bedeutung bekleiden, kräftiger Unterstützung, zu allen anderen aber mindestens keiner Parteinahme gegen die Regierung versehe.

Wenn dieser Erwartung nun in einzelnen Fällen nicht entsprochen ist, so folgt daraus freilich nicht ohne Weiteres, daß gegen jeden Beamten, der bei seiner Stimmabgabe dem Rufe der Regierung nicht gefolgt ist, mit disciplinarischen Strafen vorgegangen werden müsse. Der Erlaß vom 24. Septbr. wollte kein neues Recht in dieser Beziehung schaffen, er wollte nur die in der bestehenden Gesetzgebung wurzelnden Verpflichtungen der k. Beamten denselben zur lebendigen Anschauung bringen, ihnen den Zweifel benehmen, ob die Staatsregierung von dem Strafrechte Gebrauch zu machen Willens sei, welches die Gesetze ihr zuerkennen, er wollte ferner im Allgemeinen kundgeben, daß die Regierung an ihre Beamten appellire und bei den Wahlen ein Auge auf sie haben werde.

Sonach ist es zunächst durchaus gerechtfertigt, daß gegen Beamte, welche sich agitatorisch den Bestrebungen der Regierung entgegenstellen, jedes Mittel angewendet werde, welches die Gesetze gegen Beamte an die Hand geben, die sich durch ihr Verhalten der Achtung, des Ansehens oder des Vertrauens unwürdig zeigen, welche ihr Beruf erfordert. Gegen Beamte, welche ihre Opposition nur durch ihre Stimmabgaben dokumentirten, disciplinarisch oder strafrechtlich einzuschreiten, fehlt es aber an dem gesetzlichen Anhalt. Wohl aber wird in solchem Falle das Faktum zu konstatiren und daran alle sich von selbst ergebenden Folgerungen zu knüpfen sein: Wenn die Regierung kein formelles Recht auf die Stimmen ihrer Beamten hat, so haben diese andererseits kein formelles Recht auf irgend eine Begünstigung über das Maaß des gesetzlich Vorgeschriebenen, sie werden sich gefallen lassen müssen, an den Stellen und in der Weise beschäftigt zu werden, welche die Regierung ihnen anweist, und sie werden sich nicht beklagen können, wenn sie kein Zeichen des Wohlwollens oder des Vertrauens von einer Regierung erhalten, welche sie in ernster Zeit zu unterstützen sich nicht haben entschließen können.

Dies sind, wie der „N. A. Z.“ versichert wird, die Grundsätze, über welche die Staatsregierung sich verständigt hat, und nach denen zu verfahren die Behörden angewiesen worden sind.

— Nach der „Rheinischen Ztg.“ ist eine Verfügung der Regierung von Breslau hergelangt, „die selbst den vielerfahrenen Rabbi Akiba stutzig machen würde.“ Der Abg. Aegerter aus Mittelwalde hat nämlich in seiner Eigenschaft als Magistratsmitglied seines Wohnortes einen Verweis nachgeschickt erhalten, weil er bei der Abgeordnetenwahl für die Kandidaten der Fortschrittspartei agitirt und gestimmt habe.

— Wie der „Magdeb. Ztg.“ aus Halberstadt gemeldet wird, ist an den Oberprediger Dr. Zschiesche vom Konsistorium die Aufforderung ergangen, sich wegen seiner in der letzten Versammlung der liberalen Wahlmänner des Halberstädter Kreises gehaltenen Rede zu verantworten. Die Aufforderung gründet sich auf eine Korrespondenz der „Magd. Ztg.“, in welcher berichtet war, daß Dr. Zschiesche den Vorwurf der Konservativen: „Wiederwählen heiße mit dem Königthume brechen wollen“, zurückgewiesen und durch diese Apostrophe der ganzen Versammlung eigentlich das Punktum verliehen habe.

— Das Schreiben, wodurch der Erbprinz von Augustenburg den einzelnen Bundesregierungen seinen Regierungsantritt angezeigt hat, lautet wie folgt: „Ew. P. P. beehrt sich ergebenst Unterzeichneter, auf höchsten Befehl Sr. Hoheit des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein, vorläufig auf diesem Wege den Tod weiland Königs Friedrich VII., Herzogs von Schleswig Holstein, und den durch Proklamation von Dolzig, 16. November erfolgten Regierungsantritt Sr. Hoheit mit dem Bemerken, daß die betreffende Notifikations-Urkunde demnächst folgt, und mit dem ergebensten Ersuchen anzuzeigen, diese vorläufige Mittheilung geneigtest zur Kenntniß Sr. rc. bringen zu wollen. Gotha, 20. November. Sammer, interimistisch mit der Geschäftsleitung beauftragt.“

— Es soll eine Eisenbahn von Gotha nach Göttingen gebaut werden, welche von Gotha über Langensalza und Mühlhausen bis zur Halle-Nordhausen-Kasseler Eisenbahn bei Leinefelde läuft, dann 4 Meilen dieser Eisenbahn bis Ahrensfelde benutzt und dann von dort auf Göttingen läuft. Die dazu benöthigten Verträge mit den Regierungen von Sachsen-Koburg und Hannover sind unter dem 11. September und 13. Oktober d. J. abgeschlossen und in diesen Tagen allerhöchsten Ortes genehmigt worden. Der Bau einer Verbindungsbahn nach Erfurt ist dabei nicht außer Augen gelassen worden.

Oestreich. Josephstadt, 20. Nov. [Marsch nach dem Norden.] Für hier stehende Feldbatterien des 11. Artillerie-Regiments (Ritter v. Fitz) ist der Befehl, sich zum Abmarsch nach dem Norden (Holstein) bereit zu halten, eingetroffen; daß dies auch die Infanteriegarnison, besonders das Regiment Nr. 30 (früher Nugent — Lemberger Kinder) betreffen wird, erwartet man jede Stunde, da dieses Regiment im Jahre 1851 schon dort gewesen ist. Die betreffenden Feldbatterien sind dieselben, die in der Schlacht bei Solferino jeden Angriff abgeschlagen haben und bis zum letzten Moment ihre Position behaupteten. (Brsl. Z.)

Sachsen. Dresden, 23. November. In der ersten Kammer brachte der Freiherr v. Welck heute den Antrag ein: Die sächsische Regierung wolle bei dem Bundestage die Rechte Deutschlands und des Erbprinzen Friedrich hinsichtlich Schleswig-Holsteins kräftigst unterstützen, Deutschlands gutes Recht gegenüber fremden Eingriffen und Anmaßungen wahren und vertheidigen. Die Kammer beschloß Ueberweisung an einen besonderen Ausschuß.

Frankfurt a. M., 22. Nov. Für den unmittelbar wichtigsten Vorgang in der gestrigen Bundestagssitzung halten wir den Umstand, daß auch Lauenburg in Frage gekommen ist, sowohl durch den Anspruch Friedrichs von Augustenburg, wie durch die Erklärungen derjenigen Regierungen, welche jenen Anspruch anerkennen. Wir hatten dies kommen sehen (mit Lauenburg verlöre Dänemark den letzten Fuß in Deutschland). Referiren wir zunächst über die gestrige Sitzung. Nach der Mittheilung von dem Tode Friedrichs VII. von Dänemark und der Thronbesteigung Christians IX. legte das Präsidium die Verzichtleistungsurkunde des Herzogs Christian von Augustenburg und die Anzeige von dem Regierungsantritte seines ältesten Sohnes Friedrich als Herzog von Schleswig-Holstein und Lauenburg, ferner die von dem letztern ausgestellte Vollmacht des badischen Bundestagsgesandten für die holstein-lauenburgische Stimme vor. Es erfolgten sodann seitens mehrerer anderer Regierungen Erklärungen und Anträge, welche die holsteinsche Erbfolgefrage und beziehungsweise die Erbfolge in Lauenburg betreffen. Ein von Oldenburg eingebrachter Antrag betrifft die unter den obwaltenden Umständen gebotenen Maßnahmen für Wahrung der Rechte der Herzogthümer wie des deutschen Bundes in seiner Gesammtheit (Oldenburg hat auch bereits unterm 17. d. Verwahrung gegen den wegen mangelnder Zustimmung der schleswig-holsteinschen Stände zu dem dänischen Thronfolgegesetz ohne Rechtsgrund, soweit es die Herzogthümer betrifft, erfolgten Regierungsantritt Christians IX. in Kopenhagen eingelegt). Alle vorerwähnten Vorlagen werden den vereinigten Ausschüssen überwiesen. Das Gleiche geschah mit dem Antrage Oestreichs und Preußens auf einen Protest der Bundesversammlung gegen die am 18. d. erfolgte Sanktion des neuen Verfassungsgesetzes durch den König Christian und mit der Eingabe der schleswig-holsteinschen Ständemitglieder um Schutz und Wahrung ihrer Landesrechte. Zuerst wäre also zu bemerken, daß in der gestrigen Bundestagssitzung gar nichts zur Entscheidung gekommen. Herr v. Dirckinck-Holmfeld hat seine neuen Kreditive nicht vorgelegt (eine gegentheilige Mittheilung des „Frankf. Journ.“ müssen wir bis jetzt noch für irrig halten), weil er sie noch nicht erhalten; vielleicht auch hat er geglaubt, sie noch nicht vorlegen zu sollen, um den zu erwartenden Protest nicht unmittelbar zu schärfen. Indessen ist die Bundesversammlung, deren Mitglieder in Betreff dieses zum Theil gewiß noch ohne Instruktionen sind, über das augenblickliche Dilemma dadurch hinübergekommen, daß sie Alles den Ausschüssen überwies — ein bequemer Ausweg für jede Verlegenheit. Der obige Antrag der beiden Großmächte spricht dafür, daß beide die ganze Angelegenheit noch auf dem bisherigen Wege erhalten wollen, oder glauben dies thun zu können. Ihr Antrag scheint den gegenwärtigen Brennpunkt der ganzen Angelegenheit ganz zu ignoriren, oder es muß einem bedünken, als sei er gestellt worden, um doch auch etwas vernehmen zu lassen. Der Antrag muß vor der Bedeutung der Entscheidung zurückstehen: wer Herrscher in Schleswig-Holstein ist. — Der heute Nachmittags hier abzuhaltenden Bürgerversammlung in Sachen Schleswig-Holsteins, zu welcher von Männern aus allen Parteien eingeladen worden ist, wird eine Resolution vorgelegt werden, welche auch die Unterstützung der Schleswig-Holsteiner durch Geld, Waf-

fen und Mannschaft ins Auge faßt. Es soll deshalb auch ein Organisationskomité konstruirt werden. (B. A. B.)

Aus Schleswig-Holstein, 21. Novbr. Die Aufregung der Gemüther nimmt hier zu Lande mit jedem Tage zu, obwohl die Ruhe äußerlich ungetrübt ist. Man hofft von den Vertretern des Landes, daß sie beim Bunde die legitime Erbfolge entschieden geltend machen werden, und es werden in Holstein fast aller Orten Versammlungen und Privat-Besprechungen gehalten, um in diesem Sinne zu wirken. In einer Versammlung von Schleswig-Holsteinern und Hamburgern, die am 19. Abends auf der Uhlenhorst vor Hamburg stattfand, ward die Gründung eines „Schleswig-Holsteinschen Vereins“ zur Wahrung der Rechte und Interessen der Herzogthümer und des neuen Landesherrn derselben, Herzog Friedrichs des VIII., so wie die Absendung von Dank- und Anerkennungs-Adressen an diesen so wie an den Herzog von Koburg beschlossen. Eine Anzahl von Officieren der ehemaligen schleswig-holsteinschen Armee, darunter ein im letzten Kriege viel genannter tapferer General, der jetzt in Dresden lebt, sollen sich dem neuen Herzog bereits zur Verfügung gestellt haben. — Der Entwicklung der Dinge wird mit höchster Spannung entgegengesehen. — Aus Frankfurt geht mir soeben die Nachricht zu, daß auch Bayern, Sachsen und Oldenburg sich für den Herzog Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein erklärt, und beantragt haben, usurpatorische Eingriffe in die Rechte des legitimen Nachfolgers Friedrichs VII. energisch zurückzuweisen. (B. A. Z.)

Großbritannien und Irland.

London, 21. Novbr. [Schleswig-Holstein.] Eben so, wie die „Times“, erschöpft auch die „Morning Post“ allen ihren Scharfsinn, um die deutschen Argumente gegen die Gültigkeit des Londoner Protokolls zu widerlegen und den Vater der Prinzessin von Wales wegen der Anfechtungen, die seine Krone in den Herzogthümern erleiden dürfte, zu beruhigen. Die „Morning Post“ entwickelt in ihren Raisonnements und Parallelen einen erstaunlichen Grad kavaliermäßiger Nonchalance. „Die Anerkennung gewisser staatlicher oder dynastischer Rechte,“ sagt sie, „ist gemeiniglich den fünf Großmächten anvertraut worden, weil die Stimme dieser Mächte in Bezug auf das Verhalten von ganz Europa entscheidend ist. Trägt doch gerade kraft eines solchen Vertrages der König Leopold die Krone von Belgien, und die Krone von Belgien gehört ihm nicht um ein Haar weniger, weil die Fürsten von Koburg und Meiningen und Weimar nicht zur Konferenz von 1832, welche die Unabhängigkeit und Neutralität des belgischen Königreichs feststellte, geladen waren. Es ist daher eitel Gerede von gewissen kleinen Staaten, daß das Protokoll von 1852 ungültig sei, weil man sie nicht befragt habe. Man führt an, daß die Zustimmung der Herzogthümer selbst nicht durch Volksvotum der Abmachung von 1852 gegeben worden sei. Wenn dieser Grund an der Elbe und Eider gilt, so gilt er auch am Rheine. Wenn Preußen z. B., als leitende Macht Norddeutschlands und als Hauptförderer des dänischen Krieges von 1848, eine solche Doktrin anerkennen würde, mit welchem Rechte könnte es seine Herrschaft über die Rheinprovinz vertheidigen, welche Frankreich mit eben so viel Recht reklamiren könnte unter dem Vorwande, daß der Wiener Vertrag nie durch ein Votum der rheinischen Bevölkerung bestätigt wurde? [!!! Selbst ein „Däne“, der an die „Times“ schreibt, ist weniger unverschämt und begnügt sich, über diesen Punkt zu bemerken, daß die Stände der Herzogthümer anno 1852 nicht befragt wurden, weil sie ein bloß „lokaler oder provincieller Körper“ seien.] Die Prätentionen Oestreichs, sich in die Angelegenheiten Italiens zu mengen, waren auf die Bestimmungen des Aachener Vertrages gegründet, der den Heimfall der italienischen Herzogthümer dem Hause Oestreich zuerkannte — eine Feststellung, die Niemand deshalb bestritt, weil zur Zeit kein Plebiscit in den Herzogthümern stattgefunden hatte... Dann wieder behaupten deutsche Blätter, Dänemark habe seine Verpflichtungen gegen die Herzogthümer nicht erfüllt; als ob die Einführung der neuen Thronfolge eine bedingte, und nicht unbedingte und bestimmte gewesen wäre! ... Wir hoffen jedoch, daß man aus den Artikeln der deutschen Blätter nicht auf die wirkliche Haltung der preußischen Regierung schließen muß. Ein Versuch des deutschen Bundes, die Prätentionen des Prinzen von Augustenburg mit den Waffen zu unterstützen, wäre der Beginn eines dänischen Erbfolgekrieges, dessen Dauer und Tragweite nicht abzusehen wäre. Wenn Dänemark, woran wir nicht zweifeln, sich zu vertheidigen weiß, werden die Westmächte bereit sein, es gegen den Bruch des Vertrages von 1852 zu schützen.“ Der „Advertiser“ polemisirt gegen das Haus Augustenburg. Die Deutschen sollen nach seiner Meinung für kein dynastisches, sondern nur für das Volksinteresse kämpfen.

Frankreich.

Paris, 21 November. [Tagesbericht.] Wie man erfährt, haben nun auch die Türkei und Dänemark sich für den Kongreß ausgesprochen. Der Sultan soll in seinem Antwortschreiben sogar die Absicht ausgedrückt haben, daß er persönlich zum Kongresse erscheinen werde. Die preußische Antwort soll heute eingetroffen sein. Die russische ist wie man versichert, am 17. von Petersburg abgegangen. Die preußische sowohl, als die russische geben, wie es heißt, dem Kongreß im Princip ihre Zustimmung, verlangen aber ein Programm. Laut dem „Mémorial Diplomatique“ war der König von Württemberg der erste, welcher in Paris sein Erscheinen zum Kongresse zusagte; auch Sachsen hat zugesagt und Bayerns Zögerung soll bloß in der Abwesenheit des Königs in Rom ihren Grund haben, wie der Minister des Auswärtigen in München dem dortigen französ. Gesandten bemerkt hat. — Der deutsch-dänische Streit erregt hier zwar noch einige Unruhe, aber man glaubt, daß sich Deutschland fügen und die Herzogthümer unter der Herrschaft Dänemarks verbleiben werden (?). Daß Frankreich zu Dänemark hält, ist wohl natürlich, daß jedoch England so blindlings die dänischen Ansprüche unterstützt, erregt hier um so mehr Schadenfreude, als man in England nicht zu ahnen scheint, daß sein Auftreten ihm ganz Deutschland entfremden muß. — Einiges Aufsehen erregt hier auch der von dem „Monde“ veröffentlichte Brief des Kaisers an den Msgr. Parisis, Bischof von Arras. In demselben beglückwünscht der Kaiser den Bischof, daß er die Interessen der Religion gegen Renans Buch so wacker vertheidigt habe. Man fragt sich verwundert, was diese direkte Einmischung und Parteiergreifung des Kaisers bedeuten soll. — Der Kaiser hat der Mutter der an ihren Brandwunden gestorbenen Tänzerin Emma Livry die Summe von 40,000 Frs. geschenkt und außerdem eine Pension von 6000 Frs. ausgesetzt. — Dem in Laon erscheinenden „Observateur de l'Aisne“ ist wegen eines Artikels, der „die unschicklichsten Angriffe auf die Majorität des gesetzgebenden Körpers enthalten“, eine erste Verwarnung ertheilt worden. — Die Wahl der Deputirten im 9. Wahlbezirke der Seine ist bereits auf den 13. und 14. Dezember festgesetzt, wie der „Moniteur“ meldet. Die Regierung wird Devinck oder Picard von Ivry aufstellen. Die vorgerückte demokratische Partei soll sogar, um eine recht starke Demonstration zu machen, Louis Blanc und Felix Pyat die Kandidatur angetragen haben. Beide haben jedoch abgelehnt, weil sie den Eid nicht leisten wollen. — Der Kaiser hat durch Hrn. v. Persigny Hrn. Thuillier zu seiner bekannten Rede gegen Lavertujon Glück wünschen lassen. — Die alten Herren der Opposition, les Burgraves, wie sie der leichtfertige Pariser bereits nennt, sind entschlossen, erst in der Adreßdebatte das Wort zu ergreifen. Thiers soll beabsichtigen, über den Kongreß zu sprechen und die Unmöglichkeit seines Zustandekommens darzuthun.

Spanien.

— Den letzten Nachrichten aus San Domingo zufolge begingen die Neger an allen Weißen, die ihnen in die Hände fielen, die scheußlichsten Grausamkeiten und steckten alle Städte in Brand, wohin sie nur gelangten. Auf diese Weise waren die spanischen Soldaten stets hinter einem unausgesetzt vor ihnen fliehenden Feinde her und fanden kein Obdach und keinen Unterhalt. Der Aufstand hatte sich mehr oder weniger über alle Distrikte ausgebreitet, die Provinz ausgenommen, in der sich die Verwandten, Freunde und Besitzungen Santana's befinden. Dieser beschützt mit mehreren spanischen Bataillonen unter Befehl des Generals Gondara die Hauptstadt; der General ist stark genug, um Widerstand zu leisten und nöthigenfalls angreifen zu können. Die Ankunft des neuen General-Kapitäns Vargas hat die Gemüther wieder aufgerichtet. In Porto-Rico sind Familien aus San Domingo, darunter die des Generals Rivero, angekommen. Die „Korrespondencia“, welche vorstehende Nachrichten mittheilt, sagt, es sei das Beste, die ganze Wahrheit zu sagen, zumal für die Waffenehre und wegen der Anwesenheit eines starken Geschwaders für die Sicherheit der Staatsangehörigen nichts zu fürchten sei.

Rußland und Polen.

!! **Petersburg,** 19. November. Die Parade am 16. wurde nicht, wie es Anfangs bestellt war, auf dem Alexanderplatze abgehalten, sondern auf dem Marsfelde, diesem großen Platze, auf dem außer den 30,000 Mann Truppen wohl noch an 50,000 Menschen zu Wagen, zu Pferd und zu Fuß anwesend waren, um die Truppen zu sehen, welche in Polen gekämpft hatten. Um 12 Uhr erschien der Kaiser in Begleitung des Prinzen von Leuchtenberg, eines Großfürsten (Konstantins Sohn) und vieler Generale. Ein Jubelruf der Menge empfing ihn, und nachdem er den üblichen Ritt längs der aufgestellten Truppen vollendet und von den Regimentern einzeln mit Hurrah begrüßt worden, begann der Vorbeimarsch; die Infanterie zog im Geschwindschritt, die Kürassiere jagten im Galopp, die Ulanen, Dragoner und Husaren aber im Trabe vorüber. Die reitende Artillerie sprengte ebenfalls im vollen Jagen, die Fußartillerie dagegen paradirte im langsamen Schritt vorbei. Gegen 1½ Uhr war der Vorbeimarsch beendet, und die Truppen zogen ab bis auf vier Regimenter — zwei Regimenter Kavallerie und zwei Regimenter Infanterie, — welche aus Polen zurückgekehrt waren. An diese hielt der Kaiser eine Anrede, in der er ihnen dankte, daß sie die Erwartungen, mit denen er sie nach Polen entlassen hätte, im vollsten Sinne des Wortes erfüllt u. s. w. Sämmtliche Offiziere dieser Regimenter waren zur kaiserlichen Tafel befohlen, welche von 3—5 Uhr währte und wobei auf jedes der Regimenter einzeln und dann auf die ganze russische Armee Toaste ausgebracht wurden.

In Kronstadt sollen sich in Bezug auf die nöthigen Vorsichtsmaaßregeln, solche Stellen der Durchgänge, welche nicht genugsam durch das Kreuzfeuer der Werke gedeckt scheinen, durch Versenkungen inpraktikabel zu machen und so zu sichern, verschiedene Vernachlässigungen herausgestellt haben, indem die ziemlich kostspielige Belastung der Fahrzeuge mit Steinquadern nicht gehörig ausgeführt worden und die dazu bestimmten Gelder wahrscheinlich einen Nebenweg gefunden haben mögen. Die nur theilweise belasteten Fahrzeuge waren zwar gesunken, hatten aber, von der stürmischen See stark bewegt und zum Theil umgekippt, wahrscheinlich die Steine ausgeschüttet, und so kam es denn, daß sie sich nach oben drängten und zum Glück oder Unglück zwei solche Schiffe in einem Augenblicke emportauchten, als gerade der Kaiser anwesend war. Die Sache ist natürlich untersucht und dem Uebelstande sofort abgeholfen worden. Ein hiesiges Blatt spricht sich darüber mit wahrhaft russischer Naivität aus und sagt, nachdem es die Sache ziemlich breit erzählt, unter Anderem: „Wir haben viel Glück, daß die Sache entdeckt worden, ehe englische oder französische Schiffe angelangt sind, denn wäre dies unentdeckt geblieben oder feindliche Fahrzeuge wären jetzt gerade angekommen, so hätte ihnen die Einfahrt in die Hauptstadt ganz offen gestanden, und diese würde schwerlich einem Bombardement und theilweiser Zerstörung entgangen sein.“

Gestern war große Sitzung des Ministerkonseils und Kriegsrath. Man vermuthet, daß über die Propositionen Napoleons, welche den Kaiser sehr unangenehm bewegt haben sollen, Rath gehalten worden, und die russische Regierung in Bezug auf die Kongreßfrage der Ansicht Preußens beitreten wird.

Der Aufstand in Polen.

Warschau, 19. November. Die Russen so wie die Insurgenten haben vor dem Winter große Eile, denn Gefechte folgen auf Gefechte. Die Insurgentenabtheilungen unter Rochebrun, Sienknewicz, Wolniewicz, Kruks, Komorowski und Oberthynski hatten sich, von den Russen in Polen, von den Oestreichern aus Galizien gedrängt, am Ende des Lubliner Guberniums zusammen gefunden, wo die Landgrenzen beider Kaiserreiche zusammenstoßen. Hier vereinigten sich die Russen mit einer aus Wolhynien herbeigekommenen Truppenabtheilung, schlugen die obigen vereinigten Insurgentenabtheilungen, 1300 Mann zu Fuß und 300 Pferde (Ulanen, Dragoner, Gendarmen), brachten ihnen große Verluste bei und drängten sie wieder nach Galizien zurück, wo sie mit den Oestreichern ins Gefecht kamen, und der Rest der Insurgenten, 500 Mann stark, von den Oestreichern gefangen genommen wurde. Im Sandomirschen beim Städtchen Stupia nowa hat General Czengeri die mehrere Tage verfolgte Chmielewski'sche Bande, welche erst kürzlich in Galizien gesammelt war, gänzlich vernichtet; der Rest von 198 Insurgenten streckte das Gewehr, nur Chmielewski entkam mit einer kleinen Anzahl. — Der „Dziennik Powszechny“ bringt noch immer amtliche Bericht über Gräuel, welche von den Insurgenten an ruhigen Einwohnern in der Provinz bei der geringsten Veranlassung verübt sein sollen. Zufolge amtlicher Mittheilungen der Gemeinde-Woyts und Bürgermeister der Städte (sämmtlich Polen) beliefen sich die bis Ende v. M. konstatirten Ermordungen in der Provinz, welche die Insurgenten an unschuldigen Personen jeden Alters und Geschlechts verübt haben sollen, auf 821; dazu kommen seit Anfangs dieses Monats an neu gemeldeten Mordthaten wenigstens 20. — Bekanntlich mußte das russische Militär aus Mangel an Kasernen den vorigen Winter in Baracken und Zelten aushalten, was den Gesundheitszustand sehr gefährdet hat. Dies Jahr sind viele Häuser als Quartiere für die Soldaten gemeethet worden, deren Miethe aus der Einquartierungskasse (zu welcher hier seit vielen Jahren jeder Gewerbetreibende seinen Beitrag geben muß) bestritten wird. Bequartierung der Häuser durch gemeine Soldaten findet einzeln gar nicht statt, was bis jetzt wohl auch nicht rathsam gewesen wäre. Jetzt werden auf Antrag des Magistrats alle diejenigen Offizierquartiere, welche in natura oder gegen Zahlung des Einquartirungsgeldes von den Hausbesitzern gegeben wurden, in gewissen zusammenhängenden Stadttheilen für die Soldaten benutzt werden, und die Offiziere anderer Truppentheile erhalten in den konfiscirten Häusern ihre Wohnung, damit jedes Bataillon zusammenliegende Quartiere habe. — Der General-Direktor der Regierungs-Kommission des Geistlichen und Unterrichts, Leon v. Grabowski, ist heute hier gestorben. Er war auch als polnischer Schriftsteller bekannt. (Ostf. Z.)

* Ein Korrespondent des „Czas“ klagt über fast totalen Mangel an Aerzten in den Insurgentenlagern im Plocker Gouvernement; nicht einmal Feldscheere sind vorhanden, und so mußte u. A. der Major Rynarzewski, der Anfangs dieses Monats dort in einem Gefechte fiel, ohne ärztliche Hülfe sterben.

Von der polnischen Grenze, 19. November. Am 12. d. überfiel eine Insurgentenabtheilung unter Rudowski das Städchen Szydlowiec, im Gouvernement Radom, entwaffnete nach kurzem Widerstande die aus 40 Mann bestehende Russische Garnison, bemächtigte sich der öffentlichen Kassen und zog dann weiter. — Am 18. v. M. begann eine größtentheils aus westpreußischen Zuzüglern gebildete kleine Insurgenten-Abtheilung von etwa 50 Mann im Kreise Ostrolenka, im Gouvernement Plock, ihre Operationen, nachdem ein Geistlicher aus der Umgegend einen Feldgottesdienst abgehalten und die neu angeworbenen Insurgenten vereidigt hatte. Die Abtheilung nahm ihren Marsch nach der Grenze des Gouvernements Augustowo. Im letzgenannten Gouvernement ist die Insurrektion größtentheils unterdrückt. Mehrere Insurgentenabtheilungen, deren Reihen durch fortwährende Gefechte stark gelichtet waren, haben sich aufgelöst, andere, z. B. die Ejtmnowiczsche, sind nach dem Lublinschen gezogen, wo sie ihre Vereinigung mit der Krukschen erstreben. — Die Stadt Nieszawa an der Weichsel, im Kreise Wloclawek, ist die erste im Königreich Polen, welche eine Loyalitätsadresse an den Kaiser überreicht hat. Eine Deputation dieser Stadt übergab die Adresse in voriger Woche dem Fürsten Wittgenstein zur Uebersendung an den Statthalter Grafen Berg. Die Adresse enthält zugleich die Bitte um Erlaß der vom Fürsten Wittgenstein der Stadt auferlegten außerordentlichen Kontribution von 14,000 R. S. — In Warschau stehen in den höchsten Regierungssphären in nächster Zeit mehrere Personalveränderungen bevor. Der Statthalter Graf Berg beabsichtigt nämlich, sämmtliche Generaldirektoren der Regierungskommission zu entlassen und einstweilen durch russische Generale zu ersetzen. Auch die Direktionen und Verwaltungsräthe der Warschau-Wiener und der Warschau-Bromberger Eisenbahngesellschaft werden von russischen Militärs überwacht. So präsidirt in den Sitzungen der ersteren der Ingenieurkapitän White, der letzteren der Kapitän Annenkoff, Adjutant des Statthalters Grafen Berg.

Dänemark.

Kopenhagen, 19. November. [Die herzogl. augustenburgische Proklamation.] Das genannte Aktenstück hat hier große Unruhe erzeugt, jedoch hat die „Regierungszeitung“ sofort zu einer Widerlegung der Thronansprüche des Herzogs Friedrich schreiten müssen. In diesem Einspruch betont die Regierung mit vollem Nachdruck einen Passus aus der vom 28. Dezember 1852 datirten herzogl. augustenburgischen Cessions- und Uebertragungs-Akte, welcher Passus nach dem deutschen Originaltexte also lauten soll:

„Wir geloben und versprechen außerdem für Uns und Unsere Familie bei fürstlichen Worten und Ehren, nichts, wodurch die Ruhe in Ihro königlichen Majestät Reichen und Landen gestört oder gefährdet werden könnte, vornehmen, ingleichen den von Ihro königlichen Majestät in Bezug auf die Ordnung der Erbfolge für alle unter Allerhöchstdero Scepter gegenwärtig vereinten Lande, oder die eventuelle Organisation Allerhöchstdero Monarchie gefaßten oder künftig zu fassenden Beschlüssen in keiner Weise entgegentreten zu wollen.“

Griechenland.

Athen, 14. November. [Das Ministerium; Militairreformen.] Der neue Minister-Präsident Bulgaris feierte gestern in der National-Versammlung dadurch einen Triumph, daß der Advokat Messinesi, der ministerielle Kandidat, mit 140 gegen 113 Stimmen zum Präsidenten der Konstituante gewählt wurde. Hieraus schließt man, daß das gegenwärtige Ministerium sich noch einige Zeit halten werde, obgleich — um die Wahrheit zu sagen — sein Weg nicht mit Rosen bestreut ist, indem eine Unzahl anmaßender Forderungen zurückzuweisen sind und das Chaos, welches die Revolution und das Interregnum hinterlassen, wieder zu ordnen ist. Einer seiner ersten, von allen Parteien gelobten Schritte war die Auflösung des Invaliden-Korps, das, wohl zu beachten, aus ganz anderen Elementen, als aus Invaliden bestand. Es gehörten nämlich zu diesem Korps meist gesunde und kräftige Männer, die in der Blüthe ihres Lebens standen, aber zu faul waren, um sich durch Arbeit ihren täglichen Lebensunterhalt zu erwerben, dagegen eine Staatspension empfingen, um sorglos essen, trinken und faulenzen zu können. Griechenland erspart durch Auflösung dieser Schmarotzer jährlich mehr als eine Million Drachmen. Die Reorganisation der Armee steht ebenfalls bevor. Bekanntlich wurden seit Oktober des vorigen Jahres mehr als 1000 Unteroffiziere zu Offizieren befördert, wodurch die provisorische Regierung sich die Ergebenheit der Truppen sichern wollte. Kaum existirte in Griechenland noch ein gemeiner Soldat, der nicht schon Anspruch erhob, Offizier zu werden, und es ist kaum zu bezweifeln, daß, wenn der provisorische Zustand noch einige Monate gedauert hätte, die ganze Armee zuletzt nur aus Offizieren bestanden haben würde. Auf ausdrücklichen Wunsch des Königs hat die englisch-französische Besatzung, welche seit dem Monat Juni im Bankgebäude lag, sich gestern wieder im Piräeus eingeschifft. Hr. Trikupis reist heute nach London ab, um dort das Protokoll über die Abtretung der ionischen Inseln zu unterzeichnen. (Köln. Ztg.)

Asien.

— Aus **Teheran,** 20. Oktober, meldet der Moniteur: „Die Nachrichten aus Khorassan verursachen augenblicklich einige Besorgnisse. Die Turkomanen, welche im Gebiete von Herat, seitdem dasselbe nicht mehr in der Gewalt des Sultans Ahmet Khan ist, einen sicheren Zufluchtsort gefunden haben, benutzen diese Lage, um die Perser zu beunruhigen und den Handelsverkehr zwischen Meschhed und den verschiedenen Provinzen des Reiches zu unterbrechen. Um diesem Unfuge ein Ende zu machen, läßt der Schah eine Expedition ausrüsten, welche im nächsten Frühlinge nach Meschhed abgehen soll. Man weiß, wie wichtig der Besitz oder doch zum Mindesten die Neutralität der Stadt Herat für die Sicherheit der persischen Grenzen ist. Die mit dem Baue des über Teheran, Ispahan und Schiras gehenden Telegraphen von Bagdad nach Buschir beauftragten Ingenieure sind beinahe alle angekommen. Sie werden sofort ans Werk gehen und es ist aller Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Strecke zwischen Teheran und Bagdad, welche die persische Hauptstadt mit dem europäischen Telegraphennetze verbinden soll, in vier Monaten fertig sein wird.“

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

C. S. Berlin, 23. Novbr. [7. Plenarsitzung] am 22. Nov. um 12 Uhr 10 Min. vom Präsidenten Grabow eröffnet. Neueingetretene Mitglieder werden den Abtheilungen zugewiesen, Urlaubsgesuche bewilligt. Das Staatsministerium zeigt schriftlich an, daß die Preßverordnung aufgehoben ist; in dem Schreiben verwahrt sich das Ministerium gegen den Beschluß des Hauses II. sub 2 (siehe am Schlusse des Berichtes). Abg. Virchow (zur Geschäftsordnung): Es handele sich hier um einen wichtigen Präzedenzfall; er beantrage, das Schreiben des Ministeriums zur Berichterstattung an die Justizkommission gelangen zu lassen. Das Haus tritt dem Antrage ohne Widerspruch bei.

Der Präsident: Die wichtigste Frage, die holsteinsche, wird nicht eher von der deutschen Tagesordnung weichen, bis sie im deutschen Sinne gelöst ist. Herr Sammer hat aus Koburg ein Schreiben an das Haus gerichtet, worin er im Auftrage des Prinzen von Augustenburg Exemplare des Artikels der „Koburger Zeitung“ übersendet. Das Schreiben ist vom 20. d. M. Aus Leipzig ist gestern ein Telegramm über die auf Antrag Biedermanns gefaßten Beschlüsse eingegangen. In Folge dieses Telegramms habe ich den Dank für die Mittheilung ausgesprochen, und heute ist von 115 Mitgliedern ein Antrag gestellt worden, der nach Erwägungen, welche sich auf die Ansprüche des Herzogs von Augustenburg beziehen, ferner darauf, daß weder der Bund, noch die Stände der Herzogthümer, auch nicht die Agnaten den Bestimmungen des Londoner Vertrages vom 8. Mai 1852 beigetreten sind; drittens, daß Dänemark durch eine Reihe vertragswidriger Maaßregeln, durch die Ordonnanzen vom 30. März, die Vollziehung der neuen Verfassung, die Vereinbarungen von 1851 und 1852 und die Bedingungen, unter welchen Preußen und Oestreich diese Vereinbarungen abgeschlossen und unter welchen sie dem Londoner Vertrage beigetreten sind, gebrochen hat, die Erklärung des Hauses will: Die Ehre und die Interessen Deutschlands verlangen, daß sämmtliche deutsche Staaten die Rechte der Herzogthümer und des Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein anerkennen und demselben im Geltendmachen seiner Rechte wirksam unterstützen. Der Antrag ist von den Abgg. Stavenhagen und Virchow gestellt. — Der Präsident schlägt bei der Wichtigkeit und Dringlichkeit der Sache vor, den Antrag zwar einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, die Berathung derselben aber so zu beschleunigen, daß schon am Freitag das Haus einen Beschluß fassen kann.

Der Graf Schwerin hegt Bedenken gegen eine solche Beschleunigung des Antrages; er und seine Freunde werden ein Amendement stellen, des Inhalts, daß Deutschland die Anerkennung der Rechte des Erbprinzen nach allen Kräften unterstützen möge. Die Frage bedarf einer vorsichtigen Berathung, denn sie umfaßt viele Punkte und es wird namentlich nothwendig sein, daß der Kommission detaillirte Mittheilungen Seitens der Regierung zugehen über den Standpunkt, den sie in der Angelegenheit einzunehmen beabsichtigt. Der Antrag selbst ist Manifestation genug, eine so schleunige Erledigung ist durchaus nicht geboten.

Abg. Virchow: Es kann heute recht gut schon die Kommission gewählt werden, es kann aber der Tag der Berathung heute noch nicht angesetzt werden. Es ist keine Zeit zu verlieren. Es ist gerade im Interesse der deutschen Regierungen, daß die Landesvertretungen ihnen schnell und kräftig Impuls geben. Die Würde der preußischen Landesvertretung namentlich erfordert es, zu richtiger Zeit das Wort einzulegen. — Nach den Abgg. v. Sybel und Stavenhagen der Graf Schwerin: Ich will nur vor Ueberstürzung warnen, der Antrag ist nicht so einfach, wie Herr v. Sybel es meint; er muß doch auch zuerst gedruckt in unseren Händen sein. Der Antrag ist ganz exorbitant, denn er spricht von allen deutschen Staaten; es ist ferner nicht erwiesen, ob ausländische Agenten dem preußischen Abgeordnetenhause Schriftstücke zur Vertheilung übersenden können. — Abg. Waldeck ist mit den Ansichten des Grafen Schwerin einverstanden. — Es machen noch kurze Bemerkungen die Abgg. v. Sybel und v. Bockum-Dolffs, worauf das Haus beschließt, daß morgen früh 9 Uhr die Kommission gewählt werde.

Der bereits mitgetheilte Antrag auf Niedersetzen einer Untersuchungscommission wird verlesen. Abg. Schulze-Delitzsch beantragt Schlußberathung im Hause ohne Vorberathung. — Abg. v. Gottberg unterstützt diesen Antrag, die Sache sei so einfach, daß die Regierung und die conservative Partei sehr rasch über die Stellung, welche sie zu dem Antrage einzunehmen habe, schlüssig werden würden. — Abg. Wachler wünscht die Ueberweisung des Antrages an die Geschäftsordnungskommission. Das Haus tritt dem Antrage auf Schlußberathung bei. Zum Referenten wird Herr Aßmann, zum Correferenten Hr. v. Forckenbeck ernannt. — Der Kriegsminister hat schriftlich mitgetheilt, daß er die Militärnovelle vor oder in der Mitte der Tagesordnung einbringen werde. Er ist noch nicht anwesend, und das Haus tritt in die Tagesordnung Wahlprüfungen ein. Die Berliner Wahlen, auch die des Herrn Temme werden für gültig erklärt; inzwischen treten die Minister Graf zu Eulenburg und v. Roon ein.

Der Berichterstatter der 6. Abtheilung berichtet über die bei den Jüterbogker Wahlen vorgekommenen Unregelmäßigkeiten. — Die Details sind meist durch die Zeitungen bekannt; die eingegangenen Proteste werden verlesen, sie betreffen alle die Beeinflussung der Wahlen durch den Landrath Hoffmann. Die Abtheilung beantragt die Beanstandung der Wahl desselben bis die in den Protesten angeführten Fakta untersucht sind. — Abg. Hoffmann bemerkt vorweg, daß er seit 4 Monaten zum Landrath ernannt worden. Daß ich zum Abgeordneten gewählt bin, kann höchstens außerhalb des Kreises überraschen, im Kreise gewiß nicht. Was die hervorgehobenen Mängel betrifft, so sind sie nicht begründet, wie Redner ausführlich nachzuweisen sucht, und unter anderem meint er, daß die Leute auf dem Lande gar keine politische Anschauung haben. Von den Haussuchungen in Jüterbogk habe er vorher nichts gewußt, sonst hätte er dem Staatsanwalt gesagt: Thuen Sie es nicht, Sie finden Nichts! — Auf diesen Protest sei kein Gewicht zu legen. — Abg. Jung: Vorredner sei Regierungskandidat, Wahlkommissarius, sei mit geringer Majorität gewählt, er selbst also müsse die Beanstandung seiner Wahl wünschen. Das Haus aber habe anders zu urtheilen, nicht: legalia präsumuntur sondern illegalia präsumuntur könne man sagen, denn der Landrath sei von seinem Vorgesetzten förmlich zu seinem gesetzwidrigen Verfahren aufgefordert worden. Davon gebe Zeugniß vor Allem der Erlaß des Ministers des Innern.

Minister des Innern Graf Eulenburg: Die vom Vorredner versuchte Auslegung meines Erlasses ist tendenziös; ich bleibe bei jedem Worte desselben, wie ich ihn geschrieben, stehen. Ich habe ausdrücklich von einem verfassungsmäßigen Eide gesprochen; die Beamten haben nicht den Befehl erhalten zu agitiren, sondern belehrend, berichtigend zu wirken. Im Großen und Ganzen haben die Landräthe meinen Erlaß verstanden, und die schwierige Arbeit mit Treue und Aufopferung erfüllt. — Abg. Graf Schwerin: Alles zeigt, daß es doch zweckmäßig war, Kandidaten nicht zu Wahlkommissarien zu machen; die Regierung möge daher erwägen, ob nicht sein desfallsiges durch Hrn. v. Jagow beseitigtes Reskript wieder in Kraft zu setzen wäre? — Der Minister des Innern: Ich habe Alles so lassen wollen, wie ich es vorgefunden habe. — Abg. Schulze-Delitzsch: Die Sachen stehen so, daß in Betreff dieser Wahl Erörterungen stattfinden müssen. Sicher mag die Amtsgewalt anderswo ganz anders angewendet worden sein, als in Jüterbogk; Hr. Landrath Hoffmann hat nur das Unglück gehabt, daß gewisse Dinge hier zur Sprache gekommen sind. Den Urwählern sind wir es schuldig, solche Sachen zu prüfen, denn es ist nicht ohne Gefahr sie zur Kenntniß zu bringen. Wendete man sich von den Urwählern ab, es würde keiner mehr den Muth haben, die Fälle bei ihrer Behörde, dem Abgeordnetenhause, zur Kenntniß zu bringen. — Abg. Faucher: Man kann ganz gut jedem Wort, das ein Abgeordneter hier gesprochen, glauben und doch die Wahl des Hrn. Hoffmann beanstanden, gerade in seinem Interesse. Wenn man Alles so weiter treibt, wäre es besser, beim absoluten Staate geblieben zu sein. Der absolute Staat hat nur die unbekannte öffentliche Meinung, der konstitutionelle Staat die gefälschte öffentliche Meinung zu fürchten.

Graf v. Wartensleben: Man kommt von der Sache ab und bringt sie auf das konstitutionelle Gebiet. So wenig ein Mensch Butterbrot essen kann ohne Butter, so wenig kann die Regierung leben ohne Einfluß. (Schallendes Gelächter.) — Abg. Twesten kann das nicht so ohne Weiteres acceptiren. Aus den Kreisen Waldenburg und Reichenbach wird ihm geschrieben, daß gegen alle Schulzen eingeschritten sei, welche gegen den konservativen Kandidaten gestimmt haben. Freilich ist das weitere Verfahren seit der neulichen Erklärung des Ministers des Innern eingestellt worden; der Erlaß ging jedenfalls nicht bloß auf Agitationen, sondern auch auf das Wählen und so ist er auch von den Behörden verstanden worden. Der Erlaß des Herrn v. Jagow ist doch mäßiger gewesen, und doch ist er so verstanden worden, daß er sich auf das Wählen bezog; Herr v. d. Heydt protestirte damals als Handelsminister dagegen, aber vor den Wahlen, während die Erklärung des jetzigen Ministers des Innern nach den Wahlen abgegeben worden ist. Allerdings verfällt ein Beamter, der sein Amt mißbraucht, dem Strafgesetzbuch; wollte man aber jetzt auch Anträge machen, so würde man bei der jetzigen Regierung, namentlich bei dem jetzigen Justizminister nichts ausrichten. Wenn der Ministerpräsident in Gastein den Rath geben konnte, die Berliner Stadtverordnetenversammlung aufzulösen, so ist damit die Ansicht ausgesprochen, hinter die Gesetzgebung von Stein zurückzugehen und Communen durch königl. Commissarien zu verwalten; da muß man sich wehren und abwenden, wo sich die Gelegenheit darbietet.

Minister des Innern: Ich versichere, daß ich die Wahlen nicht habe beeinflußen wollen. Beschwerden werden immer Abhülfe erfahren. Gemeindebeamte, z. B. Schulzen und Magistratsmitglieder, sind nach der gesetzlichen Bestimmung mittelbare Staatsbeamte. Die Regierung hat das Recht der Bestätigung von Gemeindebeamten; wie wir dieses Recht ausüben, haben wir vor dem Hause nicht zu verantworten. Der Minister kennzeichnet das Auftreten einiger Magisträte. — Abg. v. Vincke (Olbendorf): Es sind mehrere Erbscholzen vom Amte suspendirt worden, worunter Herr Allnoch, früherer Abgeordneter, ein sehr gemäßigter Mann. Ich befinde mich also in der Lage, der Stellung eines Polizeirichters, die noch auf meinem Gute haftet, enthoben werden zu können. — Der Minister des Innern kommt auf den Beschluß, in Betreff der Stadtverordnetenversammlung in Berlin zurück. Herr Twesten hätte besser gethan, dieses Beschlusses nicht zu erwähnen. Berathungen haben stattgefunden, aber die Mittheilungen des Hrn. Twesten sind ungenau. — Abg. v. Hoverbeck: Der Minister hat auf die Reise des Kronprinzen zurückgegriffen. Die Bevölkerung wollte keine öffentliche Feier veranstalten, so lange dieses Ministerium am Ruder; unserem Königshause jubelte alles entgegen.

Der Minister: Dann haben sich die Magistrate nicht deutlich ausgesprochen. — Abg. Röpell (Danzig) bestätigt die Aeußerung des Herrn v. Hoverbeck. — Abg. Virchow klagt, daß die Minister sich zwischen den König und die Stadtverordnetenversammlung von Berlin stellen. Der Beschluß ist von allen Seiten mit schwerem Herzen geschehen, aber er war nothwendig. — Abg. Lent macht authentische Andeutungen über einen, einem Beamten, der zugleich Abgeordneter dieses Hauses ist, wegen seines Verhaltens bei den Wahlen ertheilten Verweises. Einzelheiten behalte er sich vor. Der Regierungspräsident hat anderen Beamten erklärt: stimmen Sie entweder für die Konservativen oder nehmen Sie den Abschied. Dem Herrn Minister ist es allerdings gelungen, es dahin zu bringen, daß die Breslauer Deputation vom Könige nicht empfangen wurde. — Der Minister des Innern: Ich habe einfach Se. Majestät gebeten, die Deputation nicht zu empfangen. — Abg. Berndt bringt Details aus dem Kreise Frankenstein zur Sprache.

Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt. — Abg. Virchow konstatirte, daß der Minister heut selbst erklärt, daß er sich als Scheidewand zwischen Se. Majestät den König und die städtische Korporation gestellt habe. Ich protestire dagegen, daß die Stadtverordneten ihre Befugnisse überschritten haben sollen, als sie ihr Wort gegen die Preßordonnanz erhoben. Das konnte aber nicht geschehen, ohne einen Blick auf die ganze Lage zu richten. — Abg. v. d. Heydt will nur sein Bedauern darüber aussprechen, daß hier Allerhöchste Entschließungen der Kritik unterzogen werden; man müsse die Rechte des Königs wahren. — Abg. v. Sybel: Diese Auffassung ist eine irrige: bedauert wird hier nur das Betragen eines Ministers, der dem Könige den Empfang einer Deputation widerräth. — Abg. Gneist: Die Beschwerde ist darauf gerichtet, daß es der Korporation verwehrt ist, die Willensmeinung des Königs einzuholen. — Abg. v. d. Heydt: Ich habe mich nur dagegen ausgesprochen, daß die Sache hier angeregt worden. — Landrath Hoffmann erklärt, daß das Einsetzen einer Kommission seinem Wunsche entspricht, daß er sich aber dadurch nicht abhalten lassen wird, Propaganda zu machen bei den Schulzen für die konservative Partei und für die Staatsregierung. (Schallendes Gelächter.) Die Wahl wird fast einstimmig beanstandet.

Es erhält das Wort der Kriegsminister v. Roon: Sr. Maj. der König hat den Herrn Minister des Innern und mich beauftragt im Hause den umgearbeiteten Gesetzentwurf über die Militärdienstpflicht zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorzulegen und ich entledige mich dieses Auftrages. Es fragt sich, in wie weit es sich empfiehlt, einige allgemeine Betrachtungen über diese so oft erörterte Angelegenheit vorauszuschicken. Ich glaube, diese Frage bejahen zu müssen, zu meinem Bedauern habe ich hinzuzufügen, daß dieser Gegenstand eine politische Bedeutung erlangt hat, die er anfänglich nicht haben sollte. Es handelte sich um eine rein technische Frage, und daß sie zu einen politischen geworden, ist ganz gegen den Willen der Regierung geschehen. Sie ist zu einer politischen geworden, weil man politische Motive vorausschickte, gegen welche politische Gegenmotive in Scene gesetzt wurden. Und so ist es gekommen, daß eine für die Ehre, Sicherheit und Unabhängigkeit des Landes so wichtige Frage vollständig verschoben dasteht, — das ist das Bedauern, von dem jeder Patriot erfüllt sein muß. In einer Zeit, wo in allen Ländern Europa's ein strafferes Zusammenfassen der Wehrkräfte verlangt wird, gestaltet sich jedes Hinderniß, das sich dieser nothwendig strafferen Zusammenfassung entgegenstellt zu einer verderblichen Schranke für jede politische Aktion, die zur Wahrung der Ehre des Landes in Ausführung kommen soll. Man sprach und spricht noch heute von Konzessionen, welche die Regierung machen soll. Dergleichen Aufforderungen sind schon von dem ersten Augenblick an, wo die Frage aufgeworfen wurde, vielfach an die Regierung herangetreten und vielfach von der Regierung erwogen worden. Man vergesse doch nicht, daß der Reorganisationsplan vom Jahre 1860 weitere Ansprüche gemacht hat, als der heute wie in der letzten Session vorgelegte Plan. Damals verlangte man eine 8jährige Verpflichtung für das Heer, eine 4jährige Präsenzzeit für die Kavallerie und von beiden Forderungen ist man jetzt zurückgekommen, weil die Regierung geglaubt hat, sie fallen lassen zu müssen, ohne dem Ganzen Eintrag zu thun. Auch in anderen Fällen ist die Nachgiebigkeit der Regierung konstatirt. Die Regierung hat z. B. auf die Forterhebung des Steuerzuschlages verzichtet, (Bewegung), denn die günstige Finanzlage erlaubt dies. Man sprach und spricht noch immer von der 2jährigen Präsenzzeit, man dringt auf Beibehaltung des jetzigen Landwehrsystems, tadelt die Verkümmerung desselben. Meine Herren! die Reorganisation beruht ja auf dem alten Wehrsystem, es ist kein neuer leitender Gedanke in derselben aufgetreten. Reorganisation ist eigentlich ein etwas prätentiöser Ausdruck, es müßte eigentlich heißen: Modifikation des alten Systems. Die Reorganisation soll ja nur die Wiederorganisation des Wehrzustandes im Jahre 1814 sein. Damals war die Dauer der Dienstpflicht eine 19jährige, nach dem jetzigen Vorschlage der Regierung ist sie auf 16 Jahre herabgesetzt; nach dem alten System dauerte das Landwehrverhältniß 14 Jahre, es soll jetzt nur 9 Jahre betragen. Die einzige Compensation für diese gewiß namhaften Erleichterungen besteht darin, daß die Regierung der Befugniß erhält, die beiden jüngsten Klassen der Landwehr im Kriegsfall für das stehende Heer verwenden zu dürfen so zwar, daß die Verpflichtung im stehenden Heere von 5 auf 7 Jahre ausgedehnt wird. Eine Mehrbelastung entsteht dadurch in keiner Weise für diese beiden Jahrgänge.

Die Regierung schlägt ja vor, daß die staatsbürgerlichen Rechtsverhältnisse die Reserven mit denen der Landwehrmänner gleich stehen sollen. Die Impopularität datirt erst von dem Augenblick, wo die Reorganisationsfrage zur Sprache gekommen ist. Die 3jährige Dienstzeit ist ja aber Gesetz. Freilich, die 2jähr. Dienstzeit ist populärer und noch populärer wäre die 1jährige.

Solche Rücksichten können doch aber weder für das Haus, noch für die Regierung maßgebend sein; hier kann ja doch nur das Wohl des Landes in Berücksichtigung kommen. Eine Verkürzung der dreijährigen Präsenzzeit ist noch nicht Gesetz, und es würde ein unverantwortlicher Leichtsinn Seitens der Regierung sein, wenn sie jetzt schon das Recht auf diese 3jährige Präsenzzeit in der Hoffnung auf die zukünftige Lösung anderer mit dieser in Beziehung stehender Fragen aus der Hand geben wollte. Mit der Reorganisation hat die Regierung den älteren Klassen der Landwehr eine Erleichterung zuwenden wollen; von den 4 jüngeren Klassen der Landwehr wird nach wie vor verlangt, daß sie auf den ersten Ruf des Königs in die Reihen treten zur Vertheidigung der Ehre und Sicherheit des Vaterlandes; diese jüngeren Klassen bleiben also in ihrer bisherigen Verpflichtung. Die Reorganisation will, daß die Landwehr in gewönlicher Zeit nicht unnütz beläftigt werde. Wenn es sich um die Existenz des Vaterlandes handelt, dann wird ja die ganze Landwehr herangezogen werden müssen: das erkennt mit Ihnen die Regierung bereitwillig an: aber werfen Sie doch einen Blick auf die Vorgänge in den letzten 30 Jahren. Bloß um einen Cholerakordon gegen Polen zu ziehen, mußte 1830 die Landwehr herangezogen werden; und in den Jahren 1848 und 1859 wurde die Landwehr ebenfalls gerufen, wie sie auch jetzt wieder Behufs Besetzung der polnischen Grenze hätte aufgeboten werden müssen, wenn dies nicht die Reorganisation unnöthig gemacht hätte. Diese Reorganisation macht es vollständig möglich, den ersten militärischen Bedürfnissen zu genügen. Andere Einwände zu widerlegen, unterlasse ich für heute; es wird sich ja wohl eine passende Gelegenheit dazu finden. — Meine Herren! Ich bitte Sie um des Vaterlandes, um seiner Unabhängigkeit willen, mit der größten Unbefangenheit an die Beurtheilung dieses Gegenstandes, des allerwichtigsten, der Sie je beschäftigt hat, zu gehen. Ich überreiche die Vorlage und stelle anheim, dieselbe, wie früher, so auch diesmal einer besonderen Kommission überweisen zu wollen, enthalte mich aber aller Vorschläge über deren Zusammensetzung. Noch eins: Wenn ich mich, und das ist mir zum Vorwurf gemacht worden, an den jüngsten Kommissionsberathungen nicht persönlich betheiligt habe, so, gestehe ich, waren nicht allein Gesundheitsrücksichten maaßgebend, sondern ich habe dies auch nicht gethan aus Rücksicht darauf, daß die Kommissionssitzungen in dem Augenblicke den vertraulichen Charakter verloren hätten, wo es möglich war, die Erörterungen in denselben sofort durch die Presse veröffentlicht zu sehen, wodurch natürlich das eigene Urtheil präjudicirt wird. Nichtsdestoweniger und weil ich hoffe, daß darauf hingewirkt werden wird, diesen Sitzungen ihren vertraulichen Charakter zu bewahren, werde ich denselben jetzt beiwohnen, und damit allerdings die Möglichkeit erhöhen, eine Verständigung anzubahnen, die mir so sehr erwünscht sein würde. (Beifall rechts.)

Abg. v. Forkenbeck: Die Vorlage scheint wesentlich dieselbe zu sein, wie die bereits berathene; es ist also die Behandlungsweise derselben nicht ohne Wichtigkeit und ich möchte bitten, heute nicht zu entscheiden, wie sie behandelt werden solle, sondern damit zu warten bis sie gedruckt in unseren Händen ist. — Das Haus ist damit einverstanden und damit wird um 3 Uhr 40 Min. die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. Tages-Ordnung: Wahlprüfungen.

— Der Antrag der Abgg. Stavenhagen und Virchow lautet wörtlich:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, zu erklären:

In Erwägung

1) daß der Erbprinz von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg kraft eines unzweifelhaften Erbfolgerechtes seinen Anspruch auf die Regierung der Herzogthümer erhoben hat;

2) daß weder der deutsche Bund noch die Stände der Herzogthümer Schleswig und Holstein, noch die Agnaten des Hauses Oldenburg den Bestimmungen des Londoner Vertrages vom 8. Mai 1852 beigetreten sind;

3) daß Dänemark durch eine Reihe vertragswidriger Maaßregeln, durch vielfache Bedrückung der deutschen Bevölkerung und Sprache in Schleswig, durch das Patent vom 30. Mai d. J. und endlich durch die Vollziehung der neuen Verfassung für Dänemark-Schleswig die Vereinbarungen von 1851 und 1852 und damit die Bedingungen selbst gebrochen hat, unter welchen die deutschen Großmächte dem Londoner Vertrage beigetreten sind, daß daher die Bestimmungen dieses Vertrages für die deutschen Großmächte jede Verbindlichkeit verloren haben;

4) daß bei dieser Sachlage die Anwesenheit dänischer Truppen in dem Bundeslande Holstein eine Verletzung des Bundesgebietes bildet;

erklärt das Haus der Abgeordneten: die Ehre und das Interesse Deutschlands verlangen es, daß sämmtliche deutschen Staaten die Rechte der Herzogthümer schützen, den Erbprinzen Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein anerkennen und ihn in der Geltendmachung seiner Rechte wirksamen Beistand leisten.

— Der von dem Grafen Schwerin in der heutigen Sitzung verlesene, aber noch nicht eingebrachte Antrag der Altliberalen lautet wörtlich:

„Das Haus wolle beschließen: Das Haus der Abgeordneten erklärt sich bereit, Se. Majestät den König in Anerkennung und Geltendmachung der Rechte des bisherigen Erbprinzen von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein, sowie der Rechte seiner deutschen Herzogthümer, mit allen Kräften zu unterstützen. Berlin, den 21. November 1863. Freiherr Vincke-Olbendorf, als Antragsteller. Unterstützt: Graf v. Schwerin-Putzar. Schubert. Graf Bethusy-Huc. Graf v. Bünau. v. Kothen. v. Bonin.

— Rede des Abgeordneten Dr. Gneist in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 19. November über die Preßverordnung.

Abg. Dr. Gneist (vom Platz): Wenn es auf den Beschluß des hohen Hauses Einfluß haben könnte, so würde ich bemerken, daß ich wahrscheinlich eine halbe Stunde zu sprechen habe, und daß die durch die Pause entstehende Aufregung und Störung mir viel zweckmäßiger dann eintreten zu können scheint, wenn wir die Beleuchtung vor der namentlichen Abstimmung vornehmen, als wenn wir jetzt aus dem Zusammenhang der Debatte kommen.

Präsident: Nachdem der Herr Referent erklärt hat, daß er nur höchstens eine halbe Stunde sprechen werde, will ich meinen Vorschlag zurücknehmen, um die Debatte nicht abzubrechen, und ertheile ich demnach dem Herrn Abgeordneten Dr. Gneist jetzt als Referenten das Schlußwort.

Korreferent Abgeordneter Dr. Gneist: Meine Herren! Es ist in der heutigen Debatte nachdrücklich Bezug genommen worden auf die Aussprüche preußischer Rechtsverständiger, und Sie werden es deshalb billig finden, wenn noch ein solcher das Wort nimmt. Ich gestehe, daß ich die gedruckten Vorlagen wohl nicht vollständig gehabt habe, daß ich bei dem Eintritt in das Haus aus den gedruckten Vorlagen nicht gewußt habe, daß preußische Rechtsverständige in rechtsverständiger Weise über diese Frage bereits gesprochen haben.

Die Frage, um die es sich handelt, ist aber in der That keine specifisch preußische. Unser hohes Königshaus der Hohenzollern besitzt die ererbten Rechte deutscher Landesherren, seine Rechte sind die Rechte deutscher Landesherren, und die Verfassungen, um die es sich handelt, sind Gott sei Dank! noch immer Verfassungen auf dem Boden gemeinsamer deutscher Rechtsgrundsätze! (Bravo!)

Ich glaube daher, daß es sehr am unrechten Orte ist, hier von einem deutschen Auslande zu reden! (Bravo!)

Es kommt überhaupt in dieser Frage, wie in den meisten Verfassungsfragen, mehr an auf die Unparteilichkeit und die Unbefangenheit des Urtheils, als auf die Detailfragen, von denen vorher hier die Rede war. Es war deshalb dem Referenten eine sehr werthvolle Unterstützung, daß er Bezug nehmen konnte auf drei Fakultäts-Gutachten von deutschen Rechtsverständigen ersten Ranges. Die hohe Achtung, der Ruhm und die Ehre dieser Rechtsverständigen beruhen auf dem Grade der Anerkennung ihrer Berufsgenossen. Eine solche Geltung wird ein Menschenleben hindurch erworben und ist ganz unabhängig von den Aeußerungen, die von dieser Tribüne aus darüber fallen. Sie werden mir deshalb gestatten, meine Herren, zu übergehen die Art und Weise in der bei der Verhandlung vorhin über diese Gutachten gesprochen worden ist. (Bravo! Sehr gut!) Es handelt sich, meine Herren, wenn Sie ein deutsches Staatsrechtsgutachten haben wollen, um einen kleinen Kreis von anerkannten Autoritäten.

Fragen Sie die Berufsgenossen von allen Parteistandpunkten aus nach den Autoritäten, und ich bin überzeugt, Sie werden wahrscheinlich die größere Hälfte der Namen hören, die sich unter den Gutachten befinden, die Ihnen vorliegen. Von Seiten des Ministertisches ist gegen diese Gutachten nichts weiter gesagt, als die Aeußerung gegen das Heidelberger Gutachten; es solle nichts Neues enthalten. Ich danke für diese Anerkennung, (Bravo!) es ist die höchste, die dem rechtschaffenen, einfachen, unbefangenen und unparteiischen Verstande anerkannter Autoritäten gezollt werden kann. Gott sei Dank, daß diese Gutachten nichts Neues zu enthalten brauchen, als die einfachen Grundsätze einer verfassungsmäßigen Regierung in deutschen Ländern und die schlichte Interpretation einer geschriebenen und beschworenen Verfassung. (Bravo!)

Mehr als dies, meine Herren, erwarten Sie auch von mir nicht, und es würde ein Glück sein für mich und für die Lage meines Vaterlandes, wenn ich kein Wort zu sagen hätte, was neu wäre für das Wissen und für das Gewissen der Herrn Minister. (Bravo!)

Die Wahrheit, meine Herren, in rechtlichen Dingen ist so schlicht, daß man nicht bitter zu werden braucht; dem rechtlich fühlenden Sinne

der deutschen Nation kann der deutsche Jurist immer noch schlicht entgegentreten.

Die gesetzgebende Gewalt, meine Herren, welche unser königliches Haus früher durch seine Kanzler, seinen Geheimrath und später durch seine Minister ausübte, wird jetzt verfassungsmäßig in ganz gleicher Weise vom König durch die beiden Häuser des Landtags ausgeübt. Es kann aber nur eine gesetzgebende Gewalt geben, und es giebt nur eine in allen deutschen Staaten. Daraus folgt, daß Verordnungen untergeordnet sind der gesetzgebenden Gewalt, daß Verordnungen bestimmt sind zur Ausführung von Gesetzen, wie Artikel 45 der Verfassung sagt, daß Verordnungen nicht in Widerspruch mit den bestehenden Gesetzen und der Verfassung treten dürfen; denn der König würde sich sonst selbst widersprechen. Gerade die Würde des monarchischen Prinzips, an die hiermit erinnert ist, erfordert es, daß die Verordnungen, die nur durch Minister gegeben sind, nicht mit dem Gesetz in Widerspruch stehen. Ein Gesetzgeber, der heute durch die Häuser des Landtags einen Grundsatz ausspricht, und morgen durch die Minister den entgegengesetzten Grundsatz, würde selbst die höchste Gewalt im Staate tiefer untergraben, als alle sogenannten Feinde des Königthums.

Diese Lage der Sache ist auch die sicherste, die beruhigendste Lage für ein legitimes Königthum überhaupt. Die gesetzlichen Zustände, die Finanz-Verhältnisse, die wir vor uns haben, sind das überkommene Erbtheil von Menschenaltern. Sie sind durch unsere beschworene Verfassung von Neuem garantirt, bestätigt, bestärkt. Erscheint es zweckmäßig, diese gesetzlichen Institutionen zu ändern, erscheint es zweckmäßig, über die vorhandenen und überkommenen Zustände des Haushaltsetats hinaus Aenderungen einzuführen, nun, dann ist es an der zeitigen Regierung, durch überzeugende Gründe die beiden Häuser des Landtages zu einer Genehmigung zu bewegen, und wir wissen Alle, daß eine weise Regierung die Mittel, diese Ueberzeugung, diese freie Zustimmung zu erhalten, und den Einfluß dazu in höherem Maaße besitzt, als irgend eine Partei, irgend eine Klasse irgend einen Einfluß im Lande. Ist aber diese verfassungsmäßige freie Zustimmung nicht zu erhalten, so ist der einfache Schluß, daß es bei den bestehenden Gesetzen, bei den bestehenden gesetzlichen Grund-Institutionen, bei dem Finanzzustand, bei dem übereingekommenen Haushaltsetat verbleibt. Diesen Zustand des Verbleibens nennt man im übrigen Europa „verfassungsmäßige Regierung", in Preußen heißt dieser Zustand „Nothstand." (Bravo!)

In diesem Nothstande, meine Herren, dem unglücklichen Nothstande, der unwillkürlich der Mittelpunkt der heutigen Debatte geworden, in den zwei Silben ist die ganze Situation, der angeblich unlösbare Konflikt einer preußischen Regierung zusammengefaßt. Die Pflicht des Königs, verfassungsmäßig zu regieren, das behaupte ich sicher, ist kaum in einem anderen Lande so leicht, wie in Preußen. (Bravo!)

Ich glaube, man wird uns heute freisprechen von älteren Verirrungen; wir überheben uns heute nicht mehr. Aber mögen unsere Gesetze, unsere gesetzlichen Militär- und Finanz-Einrichtungen, — mögen sie auch viele Zeichen der Zeit an sich tragen, — ohne Ueberhebung und doch mit Genugthuung sagen wir: sie gehören immer noch zu den besten in Europa. Verfassungsmäßig regieren hat in Preußen bis jetzt nichts Anderes geheißen, als sich mit dem relativ Guten begnügen, und dem gegenüber für den Augenblick seinen Eigenwillen zurückstellen. (Bravo!)

Dieser Grundlage entgegen enthält die Verfassung allerdings einen anomalen Punkt. Es giebt einen Punkt, wo einmal eine Verordnung in Widerspruch gegen die Gesetze treten kann; es ist dies der Art. 63. Alle Verfassungen haben diese sogenannten Nothverordnungen mit dem allerbittersten Mißtrauen verfolgt, weil sie stets der Ausweg geworden sind für Bestrebungen ganz anderer Art als verfassungsmäßige und rechtliche; ja die reifsten Verfassungen in Europa kennen diesen Schlupfweg gar nicht. Es wäre vielleicht ein Segen für unsere Verfassung, wenn auch wir darauf verzichtet hätten. Es war die Unsicherheit über das, was das Land etwa noch Neues eilig bedürfen könnte, welche jene bedenkliche Bestimmung erhalten hat. Die Verfassung hat aber diese Anomalie, nach der eine Verordnung wider das Gesetz gelten darf bis zum Zusammentritte der nächsten Kammer, an vier Bedingungen geknüpft. Ich glaube, meine Herren, zur Genüge für das Urtheil dieser hohen Versammlung ist keine einzige dieser vier Bedingungen erfüllt. Ich rekapitulire darum kurz. (Schluß folgt.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 24. November. Der Rittergutsbesitzer Graf Viktor v. Szoldrski auf Brodowo im Kreise Schroda wird vom königlichen Staatsgerichtshof in Berlin wegen vorbereitender hochverrätherischer Handlungen steckbrieflich verfolgt.

— [Verhaftung.] Mit Bezug auf die gestern gemeldete Haussuchung bei dem Stadtrath Au haben wir nachträglich noch mitzutheilen, daß am Schluß derselben der Sohn des Genannten, Namens Julius, der bekanntlich am Aufstande an der Krakauischen Grenze theilgenommen, verhaftet wurde.

— Der ehemalige Landschaftsdirektor v. Jarochowski ist am 22. d. M. in kl. Sokolnik bei Samter gestorben.

*— [Auflauf.] Sonnabend fand auf der Wronker-Straße, wo ein Dieb durch die Polizei verhaftet werden sollte, ein so bedeutender Auflauf statt, daß Militair von der Hauptwache requirirt werden mußte, um die Polizei zu unterstützen. Die Mittheilung, das Militair habe Angesichts des Volkshaufens scharf geladen, welche gleich am Sonnabend verbreitet wurde, ist unbegründet.

§ Posen, 22. November. [Orgelbau.] Die Orgel der hiesigen Karmeliter- oder Corpus-Christi-Kirche, welche sich in einem höchst traurigen Zustande befunden hatte, ist durch die bewährte Künstlerhand des vortrefflichen Orgelbaumeisters G. Riemer aus Brieg zu einem ganz vorzüglichen Werke umgeschaffen worden, so daß die Herren Domorganist Boleslaus Dembinski und Dommusikdirektor Mathias Dembinski bei der von ihnen vollzogenen Prüfung des Werkes dem ꝛc. Riemer ihre vollste Anerkennung zollen konnten. Auch die in der Kapelle der gedachten Kirche stehende Orgel, welche fast gar nicht mehr zu benutzen war, ist nach dem Zeugnisse der beiden Herren Sachverständigen von Herrn Riemer ganz vorzüglich in Stand gesetzt worden. Riemer hat seinen Ruf als einer der tüchtigsten Orgelbauer in weiteren Kreisen bereits im Jahre 1852 durch den Bau der großen Orgel der Kreuzkirche zu Warschau begründet. Seine sämmtlichen von da ab gelieferten Werke tragen nach dem einstimmigen Urtheile der Kenner den Stempel der höchsten in dem Fache bis jetzt erreichten Solidität, verbunden mit einer unter allen Umständen auch das Auge ungemein befriedigenden Eleganz. Seine architektonischen Entwürfe sind oft geradezu unvergleichlich gelungen, wo die Räumlichkeit seinen Intentionen nur irgend freien Spielraum läßt. Die Anlagen seiner Werke genügen auch den strengsten Anforderungen. In der Kunst der Intonationen, dem Schwerpunkte der Orgelbaukunst, wird er aber so leicht von keinem seiner Fachgenossen übertroffen.

— Die Berliner Pastoral-Hülfsgesellschaft, welche seit etwa 20 Jahren besteht und ebensolange auch schon den Grafen Voß-Buch zu ihrem Vorsitzenden hat, scheint ihre Aufmerksamkeit in neuester Zeit auch der Provinz Posen zuzuwenden, wenigstens hat sie kürzlich dort in zwei sehr dringenden Fällen die Anstellung von Hülfspredigern zu ermöglichen gesucht. Die Mittel, über welche die Gesellschaft zu verfügen hat, sind im Ganzen sehr bescheiden.

k Buk, 20. Nov. [Unglück.] Heute verließen zwei Tagelöhnerfrauen, die in einem Hause auf dem neuen Markte in dem zweiten Stock wohnen, die Stube, nachdem sie ein irdenes Gefäß mit brennenden Torfkohlen in die Mitte der Stube hingestellt, unter Zurücklassung eines 4 Jahre alten Kindes, und verschlossen die Thür. Durch Wimmern und Geschrei eines Kindes wurden die gegenüber wohnenden Schuhmacher Mundtschen Eheleute aufmerksam gemacht, und nachdem sie sich bald überzeugt hatten, daß ein Kind in der anderen Stube schreie, sprengte die Frau Mundt die Thür gewaltsam. Sie fand das brennende Kind, umgeben von Flammen und Rauch, und hat nicht nur das Kind gerettet, sondern auch die Einäscherung des Hauses und ein größeres Brandunglück verhindert. Das Kind lebt zwar, ist aber so mit Brandwunden bedeckt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

≃ Kosten, 22. Nov. Fast gleichzeitig mit der Verurtheilung Tomicki's erfolgte die Verhaftung eines seiner Freunde, des Gutsbesitzers Kasimir Węclewski aus Nielęgowo, vorbereitender hochverrätherischer Handlungen verdächtig. In der Nähe von Schroda ist derselbe festgenommen und gestern Abend unter sicherer Begleitung an das hiesige Gerichtsgefängniß abgeliefert worden.

S. Schrimm, 21. November. [Verhaftung; Militärisches.] Heute Mittag wurde auf einem Wagen unter Begleitung von einigen Ulanen ein polnischer Gutsbesitzer hier eingebracht. Derselbe soll aus dem Kostner Kreise und schon längere Zeit steckbrieflich wegen Hochverrath verfolgt sein, bis es endlich gelang, in der Gegend von Schroda, wo er bei einem Freunde sich verborgen hielt, seiner habhaft zu werden. (Siehe u. Kosten.) Nach kurzem Verweilen wurde derselbe von hier nach Kosten eskortirt und soll von dort sogleich nach Berlin gebracht werden. Seine Frau war dem Flüchtigen bis hierher gefolgt. Beide, Mann und Frau, sind hier mit der größten Achtung und Schonung behandelt worden. — Auch hier sind seit 8 Tagen die Reservisten entlassen, und da der schwere, nächtliche Patrouillendienst, trotz der unfreundlichen Jahreszeit noch immer fortdauert, wozu aber die Rekruten noch nicht vollständig verwendet werden können, so ist der Dienst für die beiden hier garnisonirenden Kompagnien ein um so beschwerlicherer, da dieselben ohnehin schon mehrere Monate an der Grenze stark beschäftigt gewesen und erst seit 8 Tagen wieder hier eingerückt sind. Indessen scheinen die Mannschaften doch stets unverdrossen und guten Muths zu sein.

Vermischtes.

* Lissabon, 20. Nov. Eine große Feuersbrunst ist gestern im Stadthause ausgebrochen, hat die Bank von Portugal ergriffen, sowie die Gebäude der Versicherungsgesellschaft „Fidelitas" und der Tabakspacht. Glücklicherweise konnten die Archive, die Bücher und die wichtigsten Papiere gerettet werden. Ein Extrablatt des portugiesischen Moniteurs, welches heute erschienen ist, meldet, daß die Bank keinen Schaden erlitten, weder an Geld (valeurs), noch an Werthpapieren.

Telegramme.

London, 24. November. Nach der heutigen „Morningpost" hat England mit Bedauern Napoleons Einladung zum Kongreß abgelehnt. Das Gerücht über Russell's Rücktritt vom auswärtigen Amt ist unbegründet.

Berlin, 24. November. Abgeordnetenhaus. Die Kommission zur Wahrung der Rechte Schleswig-Holsteins hat sich konstituirt. Den Vorsitz führt der Abg. v. Carlowitz, Stellvertreter Abg. v. Unruh, die Mitglieder gehören beiden liberalen Fraktionen an, außerdem die Abg. Graf Schwerin und v. Vincke-Olbendorf. Die erste Sitzung findet heute Abend statt, falls das Ministerium erscheinen kann, sonst morgen.

Darmstadt, 24. Novbr. Die Abgeordnetenkammer beschloß heute einstimmig, die Regierung zu ersuchen, durch Anerkennung des Prinzen von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein das Recht und die Integrität Deutschlands zu wahren und die Bereitwilligkeit der Kammer zu erklären, die Regierung mit den Mitteln des Landes zur Durchführung dieses Rechts zu unterstützen.

Angekommene Fremde.

Vom 23. November.

SCHWARZER ADLER. Probst Pawlowski aus Ceradz, Rittergutsbesitzer Schmidt aus Charzewo.

HOTEL DE PARIS. Kaufmann Horwitz aus Berlin, Bürger Kadzidlowski aus Schrimm, Gutspächter Koperski aus Romięki, Gutsverwalter Rzędzewski aus Gwiazdowo.

HOTEL DE BERLIN. Gutsbesitzer Genorovius aus Milaszynek, Gutspächter Gaffke aus Groitzig, Probst Wyderkowski aus Samoklęcka, Hauptmann Gutzmann aus Filehne, Lieutenant Weber aus Breslau, die Kaufleute Frentzki nebst Frau aus Breslau und Mirels aus Wreschen.

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Die Sekretäre Janke und Schoepfer, die Kaufleute Pinn jun., Quartiermeister und Lewin aus Grätz, Fürst aus Schmiegel, Malecki und Geometer Krenz aus Buk.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Wirthschafts-Inspektor Kosmowski aus Dominowo, die Kaufl. Pincus nebst Frau aus Grünberg, Russak aus Bromberg, Russak aus Kosten, Bernstein aus Schroda, Reimann aus Gnesen, Lippmann nebst Frau aus Wronke, Walski aus Peisern, Kuttner, Zabinski und Türk aus Wreschen, Hoese aus Neustadt b. P., Bergas und Ephraim aus Grätz und Frau Paech aus Meseritz.

GOLDENER ADLER. Die Kaufleute Unger, Gebr. Kaphan, Cohn, Wolff, Baruch und Baerwald sen. und jun. aus Schroda, Posner und Frau Fraenkel aus Zerkow, Karin und Stock aus Grünberg, Hirschberg aus Wreschen, Schirmer, Rachwalski, Frau Horwitz und Frau Nitschke aus Golin, Kempner aus Schrimm und Kantorowicz aus Xions.

BAZAR. Bürger Karnkowski aus Mierzewo, Bevollmächtigter Lawicki aus Zębowo, die Gutsbesitzer Matecki aus Grab, v. Węzyk nebst Frau aus Rojow und Frau v. Kozmian aus Polen, Agronom Klepaczewski aus Miloslaw.

EICHBORN'S HOTEL. Partikulier Senf aus Strasburg, Wirthschafts-Insp. Tenn aus Gr. Rybno, die Kaufleute Glaß aus Grätz, Mendelsohn aus Schneidemühl und Frau Mendelsohn sen. und jun. aus Berlin.

EICHENER BORN. Kaufmann Baer aus Znin, die Handelsleute Paschle und Joruchem aus Gnesen, Seifensieder Sumierski aus Mlade.

DREI LILIEN. Maler Gerbersdorff aus Rogasen, Zimmermeister Loos aus Pogorzela.

Vom 24. November.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Gutsbesitzer Tuma aus Breslau, Prediger Klein aus Wittenberg, die Rittergutsbesitzer v. Gajewski aus Wollstein und Habermann aus Topola, Buchhalter Piotrkowski aus Labiszynek, die Kaufleute Sichel aus Breslau und Grünberg aus Stettin.

HOTEL DU NORD. Dr. med. Korsack aus Schweidnitz, die Rittergutsbesitzer Cappelli nebst Frau aus Florenz, Klicki aus Polen und Krzymuski aus Zagrodzice.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Kaufleute Grasnich aus Sorau, Goldenring aus Warschau, Krammer aus Berlin und Wurmb aus Dresden, Oberamtmann Burghard aus Gortatowo, Frau Oberamtmann Opitz aus Lowencin, Frau Köhler aus Pinne, die Rittergutsb. v. Brandenstein und v. Staff aus Colmar.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Kaufm. Penther aus Unruhstadt, Fräul. Borchard aus Samter, Beamter Neymann und die Gutsbesitzer v. Laszczynski aus Grabowo, v. Topinski aus Popowko, v. Rutkowski aus Podlesie und Gräfin Lubienska aus Polen.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Gutsbesitzer Neumann, Friedensohn, Devrient und Schüler aus Berlin, Gobbers aus Crefeld, Friedländer aus Breslau und Jahn aus Leipzig, Amtsräthin Frau Palm aus Otusz, Prem. Lieutenant Müller aus Althammer, Forstverwalter und Lieutenant Schulz aus Kluczewo, Ober-Inspektor Laube aus Gora, Rechtsanwalt Martini aus Grätz.

BAZAR. Ordinat Graf Węsierski aus Wroblewo, die Gutsbesitzer Graf Zoltowski aus Jarogniewice, v. Stablewski aus Moscijewo, v. Niegolewski aus Wloscijewki, v. Krzyminski aus Polen, Frau Gräfin Skorzewska aus kl. Jeziory und Frau v. Rekowska aus Koszuty.

HOTEL DE PARIS. Landschaftsrath v. Gąsiorowski aus Zberki, Gutsbesitzer Lichtwald aus Bednary, Agronom Siemiątkowski aus Miloslaw, Gutspächter v. Prądzynski aus Mącznik, Kaufmann Slomowski aus Berlin.

HOTEL DE BERLIN. Assistenzarzt Michelsen jun. und Kaufmann Kirschner sen. und jun. aus Rogasen, Probst Grabowski aus Potarzyn.

SCHWARZER ADLER. Die Gutsbesitzer Wrzesinski aus Krotoschin, v. Kochanowski aus Budziejewo und Golcz aus Bartodzyce, die Gutspächter v. Sulikowski aus Drozyn und v. Raczynski aus Biernatki, Kaufmann Stranz aus Gnesen.

EICHBORN'S HOTEL. Die Kaufleute Mendelsohn aus Berlin und Mendelsohn aus Hohenstein.

EICHENER BORN. Die Kaufleute Pyritz nebst Frau aus Klecko, Nathan und Frau Michael ans Miloslaw, Frau Silberberg aus Inowraclaw, Frau Lipschitz und Klotz aus Konin.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

(Beilage.)

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Uebersichtliche Zusammenstellung
der monatlichen Geschäftsergebnisse
in den Jahren 1862 und 1863.

Prämien-Einnahme.

	1862.				1863.			
	Versicherungs Summe. Thlr.	Prämie. Thlr.	Sgr.	Pf.	Versicherungs Summe. Thlr.	Prämie. Thlr.	Sgr.	Pf.
bis ultimo September	1,007,314,246	2,279,247	13	11	1,137,388,025	2,590,143	9	3
im Oktober	58,421,849	177,068	6	—	54,827,239	186,550	14	—
bis ultimo Okt. Thlr.	1,065,736,095	2,456,315	19	11	1,192,215,264	2,776,693	23	3
Davon ab Rückversicherungs-Prämie und Ristorni bis ult. Okt.	227,521,333	796,495	28	—	237,957,919	892,937	7	—
Für eigene Rechnung also bis ult. Okt. Thlr.	838,214,762	1,659,819	21	11	954,257,345	1,883,756	16	3

Es ist mithin im Jahre 1863 bis ultimo Oktober
die Versicherungssumme Brutto um Thlr. 126,479,169.
für eigene Rechnung = = 116,042,583.
die Prämien-Einnahme Brutto = = 320,378. 3 Sgr. 4 Pf.
für eigene Rechnung = = 223,936. 24 = 4 =
gegen das Vorjahr gestiegen.

Brandschäden.

	1862.					1863.		
	Zahl der Schäden.	Dafür sind Brutto in Reserve gestellt. Thlr.	Für eigene Rechnung, abzüglich der Rückversicherung wirklich bezahlt. Thlr.	Sgr.	Pf.	Zahl der Schäden.	Dafür sind Brutto in Reserve gestellt. Thlr.	Solche kosten voraussichtlich für eigene Rechnung abzüglich der Rückversicherung. Thlr.
bis ult. Sept	2143	1,363,187	824,583	9	3	2203	1,141,904	686,000
im Okt.	320	153,737	88,377	23	4	448	230,055	124,000
bis ult. Okt.	2463	1,516,924	912,961	2	7	2651	1,371,959	810,000

Die bis ultimo Oktober eingetretenen Brandschäden kosten der Gesellschaft für eigene Rechnung also voraussichtlich circa Thlr. 103,000 weniger als im Vorjahre.

Magdeburg, den 19. November 1863.

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Für den Verwaltungsrath: **M. Schubart.** Der Generaldirektor **Friedr. Knoblauch.**

Mit Bezug auf vorstehende Geschäftsübersicht empfehlen wir die **„Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft“** zum Abschluß von Versicherungsverträgen mit dem Bemerken ergebenst, daß hier zur Vermittelung von Anträgen die Herren **F. Riess. S. Slużewski** und **R. Suter**, und in der Provinz die fast in allen bedeutenderen Orten fungirenden Spezial-Agenten bereit sind.

Posen, im November 1863.

Annuss & Stephan,
als General-Agenten.

Winter-Saison
in
Bad Homburg vor der Höhe.

Die Wintersaison von Homburg bietet den Fremden alle Annehmlichkeiten und Zerstreuungen größerer Städte.

Das großartige Konversationshaus bleibt das ganze Jahr hindurch geöffnet; dasselbe hat in jüngster Zeit durch verschiedene Neubauten noch weitere Ausdehnung gewonnen und enthält viele prachtvoll dekorirte Räume, einen großen Ball- und Konzertsaal, einen Speisesalon, Kaffee- und Rauchzimmer, mehrere geschmackvoll ausgestattete Konversations- und Spielsäle. Das große Lesekabinet ist dem Publikum unentgeltlich geöffnet und enthält die bedeutendsten deutschen, französischen, englischen, italienischen, russischen, polnischen und holländischen politischen und belletristischen Journale. Die Restauration ist dem rühmlichst bekannten Hause Chevet aus Paris anvertraut.

Jeden Abend läßt sich die beliebte Kurkapelle von Garbe und Koch in dem großen Ballsaale hören.

Bälle, Concerte und andere Festlichkeiten wechseln, wie in der Sommer-Saison, fortwährend mit einander ab. Eine ausgezeichnete französische Vaudeville Gesellschaft ist engagirt, die in dem neuerrichteten, höchst elegant ausgestatteten Theatergebäude, welches durch eine geheizte Gallerie mit dem Conversationshause verbunden ist, wöchentlich zwei bis drei Vorstellungen giebt.

Große Jagden in weitem Umkreise enthalten sowohl Hochwild als alle andere Wildgattungen.

Bad Homburg befindet sich durch die Vollendung des rheinischen und bayerisch-östreichischen Eisenbahnnetzes im Mittelpunkte Europa's. Man gelangt von Wien in 24 Stunden, von Berlin in 15 Stunden, von Paris in 16 Stunden, von London in 24 Stunden, von Brüssel und Amsterdam in 12 Stunden vermittelst direkter Eisenbahn nach Homburg. Vierzehn Züge gehen täglich zwischen Frankfurt und Homburg hin und her, — der letzte um 11 Uhr — und befördern die Fremden in einer halben Stunde; es wird denselben dadurch Gelegenheit geboten, Theater, Concerte und sonstige Abendunterhaltungen Frankfurts zu besuchen.

Häring-Auktion.

Mittwoch am 25. Novbr. c. Vormittags 10 Uhr werde ich **am Alten Markte vor der Rathswaage**
11 Tonnen Matjesháringe und
1 Tonne Kaufmanns-Fettháringe
gegen baare Zahlung öffentlich meistbietend versteigern.

Lipschitz, kgl. Auktions-Kommissarius.

Double-Mäntel, Paletots und Jacken für Damen, Paletots für Knaben u. Mädchen, neueste wollene Kleiderstoffe, schwarze Taffets, echte Mailänder,
in größter Auswahl und auffallend billig Wasserstraße 30 bei
S. H. Korach.

Nicht zu übersehen.
Schlesische Tuchschuhe mit gesteppten Streifensohlen werden verfertigt bei
W. Gewissen,
St. Martin Nr. 18 im Hinterhause.

Durch die anhaltende bedeutende Steigerung der baumwollenen und leinenen Garne sind die Preise der Fabrikate auf eine ungewöhnliche Weise in die Höhe gegangen, auf deren Heruntergehen in der nächsten Zeit nicht zu rechnen ist.

Durch frühere Abschlüsse bin ich in der Lage, zu noch möglichst soliden Preisen bedienen zu können und ersuche meine geehrten Abnehmer, sich mit
leinenen,
halbleinenen und
baumwollenen Artikeln,
zu versorgen, so weit meine Bestände ausreichen.

Anton Schmidt
(Leinen-Lager, Wäsche-Fabrik).
Markt 63, Ziegenstr. 18.

Durch vortheilhafte Gelegenheitskäufe in der Messe und mehreren Fabriken bin ich im Stande, trotz der hohen Conjuncturen eine große Partie der
neuesten Kleiderstoffe in großen und kleinen Resten,
wie 500 Leipziger Damen- und Kinderschuhe, verschiedene warme Hausschuhe und echt amerikanische **Gummischuhe zu auffallend billigen Preisen** zu offeriren.

Isaac Ascher, Dominikanerstr. Nr. 6.

Färberei à Ressort!

Zur Franko-Absendung an die höchstberühmte **Kunst-Färberei und franz. Wasch-Anstalt** von **B. Wolffenstein in Berlin, wie neu mit Appretur nur à Ressort,** empfiehlt sich ergebenst.

L. Kletschoff, Krämerstraße Nr. 12.

Insbesondere werden **Damenmäntel** aufs Schönste gefärbt und appretirt.

Gummischuhe, Regenschirme, bunte wollene Hemden, Gesundheitsbeinkleider u. Jacken
bei
Z. Zadek & Comp.
5. Neuestraße 5.

Wollwatte
(aus Schafwolle)
empfiehlt
Anton Schmidt
(Leinenlager).

Neueste Pariser Kränze, Coiffuren, wie auch **Hüte** in den **modernsten Facons,** sind in größter Auswahl vorräthig bei
Męclewska, Wasserstr. 21.

Für Brennereibesitzer
empfehle ich so eben empfangenen **frischen gehaltreichen Halle'schen Fenchel** zu billigsten Preisen.
L. Kunkel,
Gerberstraße 18.

Oberschlesische Steinkohlen

liefere ich aus den besten Gruben bei Garantie für die größte Heizkraft zu den mäßigsten Preisen franko ins Haus.

Bei Abnahme ganzer oder halber Wagenladungen bin ich im Stande, zu Grubenpreisen zu verkaufen.

Moritz Victor,
große Gerberstraße Nr. 38 (goldene Kugel).

Rindermark-Pomade in Töpfchen à 1 und 2 Sgr., empfiehlt
C. W. Paulmann, Wasserstraße 4.

Ein Klavier sehr billig zu verkaufen Gartenstraße 16, eine Treppe hoch.

Echt französisches
Terpentinöl
zum Handschuhwaschen pro Quart 22½ Sgr.
weisses Kienöl,
pro Quart 10 Sgr. offerirt
Die Droguerie- u. Farbewaaren-Handlung von
J. Blumenthal,
Krämerstraße 15,
vis-à-vis der neuen Brothalle.

Gereinigtes engl. Photogène und Petroleum empfiehlt
August Klug,
Breslauerstraße 3.

Petroleum
(amerikanisches Erdöl)
hat in vorzüglichster Waare erhalten und verkauft à 9 Sgr. das Quart
Adolph Asch,
Schloßstr. 5.

Beste Wallnüsse, pro Schock 2½ Sgr., 13 Schock für 1 Thlr.,
„ **Lambertsnüsse,** 4 Sgr. pro Pfund offerirt
J. Blumenthal,
Krämerstraße 15,
vis-à-vis der neuen Brothalle.

Frische fette Kieler Sprotten empfing und empfiehlt
Jacob Appel.
Wilhelmsstr. 9, vis-à-vis Mylius Hôtel.

Frischen großkörnigen
Astrach. Kaviar
empfing und offerirt billigst
J. Blumenthal,
Krämerstraße 15,
vis-à-vis der neuen Brothalle.

Drei Netzbrücher gute Milchkühe, darunter eine junge tragende Kuh, stehen zum Verkaufe.
Posen, Columbia Nr. 2.

Lotterieloose I. Kl.
versendet **Sutor**, Klosterstr. 37 in **Berlin.** Die nächsten Klassen ohne Nutzen.

Bei dem nur noch geringen Vorrath an
Lotterie-Loosen
ersuche ich diejenigen, welche sich zu betheiligen wünschen, sich gefälligst baldigst an mich zu wenden. **E. J. Landsberger,**
Breite- u. Schuhmacherstr.-Ecke 9.

Mein Haus Berlinerstraße Nr. 27 und Mühlenstraße Nr. 6a. ist zu verkaufen.
C. A. Seidemann.

Kl. Gerberstr. 2 i. e. Tr. h. e. möbl. Z. z. verm.

Ein **Pferdestall** zu 3—4 Pferden ist große Ritterstaße 14 zu vermiethen.

Für **Posen und sämmtliche Provinzialstädte des Herzogthums** werden tüchtige **Agenten** zur Vertretung einer sehr renommirten und leicht einzuführenden
Lebens-Versicherung
zu engagiren gesucht. Adressen unter **G. H.** post. rest. **Posen** abzugeben.

(79) Durch das **landwirthschaftliche Central-Versorgungs-Bureau** der Gewerbebuchhandlung von **Reinhold Kühn in Berlin,** Leipzigerstraße 14, werden gesucht: Ein Wirthschaftsdirigent mit höheren landwirthschaftlichen Kenntnissen, der im Stande ist, einer großen Besitzung mit landwirthschaftl. Fabriken selbstständig in Vertretung des Besitzers vorzustehen, deutsch und polnisch spricht — Deutscher oder Pole. — Antritt sofort oder zu Johanni. Honorar nur für wirkliche Leistungen. Einschreibegelder fallen fort. Briefe finden innerhalb drei Tagen Beantwortung.

Eine **tüchtige Wirthin**, die gut zu kochen und mit der Molkerei umzugehen versteht, gute Zeugnisse aufzuweisen hat, findet bei Unterzeichneter sofort oder zum 1. Januar k. J. ein Unterkommen.
Gr. Rybno bei Kiszkowo.
H. Lange, Rittergutsbesitzerin.

Ein verheiratheter Förster, militärfrei und gesetzten Alters, welcher sein Fach gründlich versteht, auch mit der Baumzucht gut bewandert ist, so wie die besten Atteste aufzuweisen hat, sucht von Neujahr ab ein anderweitiges Engagement. Wo? sagt die Expedition dieser Zeitung.

Für Herren!
Neueste Pariser Salonstereoskopen, reizendste Frauengruppen, pe. Dutzend nur Thlr. 4.
Hierzu **eleg. Salonapparat in Mahagoniholz** zu nur Thlr. 1½.
Bei Abnahme von 3 Dutz. Stereoskop-Bildern wird dieser eleg. Apparat **gratis gegeben.**
Gegen frankirte Einsendung der Beträge oder Postvorschuß zu beziehen durch das **Kunst-Antiquariat in Bockenheim bei Frankfurt a. M.**

Einem geehrten Publikum mache ich hiermit die ergebene Anzeige, daß ich das Restaurationslokal **Königsstraße Nr. 18** (früher **Hildebrandt's Garten**) übernommen, dasselbe neu eingerichtet und bedeutend vergrößert habe und empfehle dasselbe zum geneigten Besuch.

Dienstag den 24. November findet **die Eröffnung** statt, wozu ich noch besonders ganz ergebenst einlade.

Emil Tauber.

Ein Brief nach Magdeburg ist verloren worden; der Finder wolle Auskunft geben unter **S. 50** post. rest.

Ein **feines Battist-Taschentuch** ist Berliner Straße verloren gegangen. Es wird gebeten, dasselbe gegen eine **angemessene Belohnung** in der Wohnung des Herrn Ober-Präsidenten abzugeben.

☐ M. 25. XI. A. 7. J. I.

Männer-Turn-Verein.

Sonnabend den 28. Novbr. Abends von 7½ Uhr ab im Lambert'schen Saale (Odeum) **Feier des Stiftungsfestes.**

Die Mitglieder (mit Ausnahme der älteren Herren) erscheinen im Turnanzuge.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung meiner Tochter **Karoline** mit dem Kaufmann Hrn. **Julius Kirschner** aus **Rogasen,** zeige ich hiermit meinen Freunden und Bekannten statt jeder besonderen Meldung ergebenst an

Wittwe **Amalie Leichtentritt,** geb **Hiller.**

Todesnachricht.

In der Nacht vom 19. zum 20. d. M. verschied zu einem bessern Leben der königliche Spezial-Kommissarius **Ernst Bernhard Lindenau** in seinem 64. Lebensjahre. Dies zeigen um stille Theilnahme bittend allen Freunden und Bekannten an
die tiefbetrübten Hinterbliebenen.
Gnesen, den 23. November 1863.

Danksagung.

Allen denen, welche meinem dahingeschiedenen theuren Gatten die letzte Ehre erwiesen und mir in meinem tiefen Schmerze eine kleine Erleichterung gewährten, sage ich hiermit öffentlich meinen innigsten Dank.
Posen, den 24. November 1863.
verw. **Mathilde Jaeschin.**

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Charlottenburg: Frl. M. Thiele mit dem Hrn. Wilh. Friedrich; Treptow a. R.: Frl. Cl. Rottsahl mit dem Hrn. Pastor Alb. Wartschow; Berlin: Frl. Anna Bando mit dem Hrn. Rittergutsbes. Franz Beerend; Peterswalde: Frl. B. Hentschel mit Apotheker R. Naumann; Hohenheide bei Alt-Jarmen in Vorpommern: Frl. B. Schneider mit Hrn. C. Haring; Demmin: Frl. M. Rudolphy mit dem Gerichtsassessor H. Schatz.

Verbindungen. Schloß Wederau: Fräul. H. Rimann mit dem Lieutenant Th. Lignitz; Berlin: Frl. Fr. Obenauff mit dem Buchhändler W. Meyer; Naumburg a. d. S.: Frl. E. Koch mit dem Premier-Lieutenant Rode I.; Ketzin: Frl. M. Knuth mit dem Rektor Carl Kunzmann.

Geburten. Ein Sohn dem Ober-Grenz-Kontrolleur G. Nay in Ferdinandshof, dem Portier Schneider in Berlin. — Eine Tochter dem Gerichts-Assessor Friedheim in Merseburg, dem Freiherrn v. d. Horst in Glogau, dem Professor Dr. K. Pauli in Tübingen, dem Diakonus Kalmus in Suhl.

Todesfälle. Salzwärter a. D. Schneider, verw. Fr. Küchenmeister Seydler, Kfm. Mitscher, Kfm. Wollin, Instrumenten-Fabrikant Müller, prakt. Arzt Dr. med. Bernhardt in Berlin, Haupt-Zollamtskontrolleur Tetzlaff in Krossen, Fr. Generallieutenant v. Steinmetz in Stettin, Polizeirath a. D. W. Deter in Berlin, Dr. Rauch in Liegnitz, Frau v. Rosenzweig in Warendorf, Frau verw. Oberst Freifrau H. v. Boenigk in Halle, Kommissionär F. Martin, Töpfermeister Hampel und Eigenthümer Bratenauer in Berlin.

Stadttheater in Posen.

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag kein Theater.

In Vorbereitung neu einstudirt: **Zopf und Schwert.** Hist. Lustspiel von C. Gutzkow.

Wenn der Herr Direktor Keller es sich angelegen sein läßt, durch Verabreichung von Schülerbillets zu billigem Preise das Parterre zu füllen, wird Niemand etwas dagegen einzuwenden haben. Aber der andere Theil des Publikums kann mit Recht verlangen, Herr Keller werde, gleichviel durch welche Mittel, Sorge dafür tragen, Ruhe und Ordnung zu erhalten, da das wiederholte Toben, Trommeln und Schreien auch denen lästig wird, die sonst gern geneigt sind, jugendliche Ausgelassenheit zu entschuldigen.

Lamberts Salon.
Mittwoch um 7 Uhr
Salon-Concert.

Z. A. Ouv B-dur v. Hummel, und Don Juan Finale 1. Akts a. d. Hugenotten. Lebensbilder, Potpourri v Zobel. D-dur Sinf. v. Beethoven.

5 Billets für 15 Sgr. sind bei Hrn. **Bote & Bock** und an der Kasse zu haben.

Radeck

Mittwoch den 25. Eisbeine bei **J. Flegel,** Friedrichsstraße 32.

Posen, 24. Nov. [Die Preise der vier Hauptgetreidearten und der Kartoffeln] in den für die preußische Monarchie bedeutendsten Marktstädten im Monat Oktober nach einem monatlichen Durchschnitte in preußischen Silbergroschen und Scheffeln werden vom statistischen Büreau für folgende Städte der Provinz Posen wie folgt angegeben:

Namen der Städte.	Weizen.	Roggen.	Gerste.	Hafer.	Kartoffeln.
1) Posen	58 6/12	42 10/12	37 3/12	24 11/12	12
2) Bromberg	61 6/12	43	34 8/12	27 2/12	15 1/12
3) Krotoschin	60	40 10/12	32 6/12	27 4/12	12
4) Fraustadt	66 8/12	45 10/12	38 2/12	26 1/12	13 7/12
5) Gnesen	70 8/12	47 11/12	37 6/12	30	14 3/12
6) Rawicz	fehlt				
7) Lissa	66 6/12	46 2/12	36 3/12	25 3/12	14 8/12
8) Kempen	59 1/12	44 5/12	35	25 10/12	14 3/12
Durchschnittspreise der 12 preußischen Städte	61	39 9/12	33 9/12	24 10/12	13 8/12
" 7 posenschen "	63 3/12	44 5/12	35 11/12	26 8/12	13 7/12
" 5 brandenb. "	68 6/12	48 8/12	42 11/12	29 5/12	17 8/12
" 5 pommerschen "	65 11/12	46 2/12	38 2/12	27 2/12	12 8/12
" 13 schlesischen "	66 10/12	48 5/12	38 5/12	28 7/12	20 8/12
" 8 sächsischen "	66 5/12	53 7/12	43 8/12	26 6/12	16 10/12
" 14 westfälischen "	76 9/12	55 7/12	50 8/12	32 2/12	18 3/12
" 16 rheinischen "	78 3/12	54 7/12	46 8/12	27 3/12	17 10/12

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäftsversammlung vom 24. Novbr. 1863.

Fonds. Posener 4% alte Pfandbriefe 103¼ Br., do. 4% neue 90 Gd., do. Rentenbriefe 91½ Br., do. Provinzial-Bankaktien 95 Br., polnische Banknoten 88¼ Gd.

Wetter: regnerisch.

Roggen fester, p. Nov. 30¾ Br., 7/12 Gd., Nov.-Dez. 30¾ Br., 7/12 Gd., Dez.-Jan. 30¾ Br., ⅝ Gd., Jan.-Febr. 31⅓ Br., 31 Gd., Febr.-März 31⅝ Br., ½ Gd., Frühj. 1864 32⅝ bz. u. Br.

Spiritus (mit Faß) höher, gekündigt 12,000 Quart, pr. Nov. 13½ Br., 5/12 Gd., Dez. 13⅓ bz., Jan. 1864 13⅝ bz., Febr. 13⅚ Br., ¾ Gd., März 13 11/12 bz., April 14⅛ Br., 1/12 Gd.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 24. November 1863. (Wolff's telegr. Büreau.)

		Not. v. 23.			Not. v. 23.
Roggen, flau.			Loko	12⅛	12⅛
Loko	36¼	36¼	November	11 19/24	11⅝
November	36⅛	36¼	Frühjahr	11 13/24	11 13/24
Frühjahr	37⅞	38¼	Fondsbörse: fester.		
Spiritus, animirt.			Staatsschuldscheine	86	87 B
Loko	14⅝	14 13/24	Neue Posener 4%		
November	14⅝	14 11/24	Pfandbriefe	90½	92 B
Frühjahr	15⅓	15⅙	Polnische Banknoten	88⅝	88⅝
Rüböl, fest.					

Stettin, den 24. November 1863. (Marcuse & Maass.)

		Not. v. 23.			Not. v. 23.
Weizen, fest.			Mai-Juni	38¼	37¾
Loko	57	56	**Rüböl**, fester.		
November	57	56½	November	12	11⅞
Frühjahr	58¾	58¼	April-Mai	11 5/12	11 5/12
Roggen, fest.			**Spiritus**, unverändert.		
Loko	36	36¼	November	14⅙	14
November	36	35⅚	Novbr-Dezbr.	14⅙	14
Frühjahr	37¾	37¼	Frühjahr	14¾	14⅔

Produkten-Börse.

Berlin, 23. Novbr. Wind: SW. Barometer: 28². Thermometer: früh 3° +. Witterung: feucht und milde.

Roggen: die fernen Termine steigen, nahe Lieferung folgt aber nicht entsprechend und loko tritt der Handel aus seiner Flaue nicht heraus. Gekündigt 1000 Centner.

Rüböl wenig verändert bei kleinem Geschäft. Tendenz ganz farblos.

Spiritus ziemlich animirt in Folge der anregenden französischen Berichte, die Kauflust wurde nur unter merklicher Preissteigerung befriedigt. Gekündigt 70,000 Quart.

Weizen: ziemlich behauptet bei kleinem Umsatz.

Hafer: loko zu unveränderten Preisen einiger Handel, Termine zu steigenden Preisen lebhafter Handel. Gekündigt 1200 Centner.

Weizen loko 50 a 60 Rt. nach Qualität, fein. poln. 56 a 57 Rt. ab Bahn bz., hochbunt. do. 58 Rt. do., fein. weiß. polnischer 58¾ a 59 Rt. ab Bahn bz.

Roggen loko geringen neuen 36½ Rt. ab Bahn bz., neuen 36⅞ a 37½ Rt. ab Bahn bz., exquisit neuen 37¾ Rt. am Bassin bz., 1 Lad. neuen 37½ Rt. bz., schwimmend entfernt 1 Lad. neuen 83/84pfd. 37¼ Rt. bz., Novbr. 36¼ a 36½ a 36¼ Rt. bz. u. Gd., 36⅜ Br., Nov.-Dez. do., Dez.-Jan. do., Frühjahr 37¾ a 38½ a 38¼ bz. u. Gd., 38⅜ Br., Mai-Juni 38½ a 39 bz., Juni-Juli 39¼ bz. u. Gd., 40 Br.

Gerste große 31 a 34 Rt. p. 1750pfd., kleine do.

Hafer loko 21 a 23 Rt. nach Qualität, warthebr. 22¼ a 22½ Rt. ab Bahn bz., Nov. 21½ a 22 Rt. bz. u. Gd., Nov.-Dez. do., Dez.-Jan. 22 a 22⅜ bz., Jan.-Febr. 22½ bz., Frühjahr 23⅜ a 24 bz. u. Br., Mai-Juni 23¾ a 24 bz. u. Gd. 24¼ Br., Juni-Juli 24½ Rt.

Erbsen, Kochwaare 38 a 48 Rt., Futterwaare 39 Rt. ab Bahn bz.

Winterraps 84 a 86 Rt., Winterrübsen 82 a 84 Rt.

Rüböl loko 12⅙ Rt. bz., 12¼ Br., Nov. 12 1/12 a 12 bz. u. Gd., Nov.-Dez. 11⅚ a 11 19/24 bz., Br. u. Gd., Dez.-Jan. 11⅝ bz., Jan.-Febr. 11⅝ Br., April-Mai 11½ a 11 13/24 bz. u. Br., 11½ Gd., Mai-Juni 11⅝ Br.

Leinöl loko 14½ Rt.

Spiritus loko ohne Faß 14 13/24 Rt. bz., Nov. 14 5/12 a 14 13/24 a 14⅓ bz. u. Gd., 14 13/24 Br., Nov.-Dez. 14⅜ a 14½ bz. u. Gd., 14 13/24 Br., Dez.-Jan. do., Jan.-Febr. 14 7/12 a 14⅔ bz. u. Br., 14 7/12 Gd., Febr.-März 14⅞ bz., April-Mai 15 a 15¼ bz. u. Br., 15⅙ Gd., Mai-Juni 15¼ a 15½ bz., Br. u. Gd., Juni-Juli 15⅝ a 15⅝ bz., Juli-August 15⅞ a 16 bz.

Mehl. Wir notiren: Weizenmehl 0. 4 1/12 a 3⅞, 0. u. 1. 3¾ a 3½ Rt., Roggenmehl 0. 3¼ a 3, 0. und 1. 2¾ a 2½ Rt. p. Ctr. unversteuert. (B. u. H. Z.)

Stettin, 23. November. Das Wetter blieb milde und die Schifffahrt wird noch in der ganzen Ostsee durch Eis nicht behindert. Die Zufuhren sind klein geblieben; die Frachten sind bei der vorgerückten Jahreszeit gestiegen, doch kommt noch ziemlich viel Getreide zur Verladung, so daß die Vorräthe immer mehr zusammenrücken.

Weizen. In England blieb die Haltung des Artikels, obgleich ziemlich starke Zufuhren meist von der Ostsee eintrafen, fest und die Forderungen wurden wieder etwas erhöht. Hier haben die Preise in den letzten Tagen wenig Veränderung erfahren.

Roggen. Es kommt immer noch etwas zur Verladung und behaupteten sich in Folge davon die Preise von Lokowaare, besonders von feiner Qualität, während für spätere Lieferung wenig Frage war. Die Bestände rückten deshalb noch mehr zusammen, und sind hier und in Berlin so klein wie jemals vorher. Seit ca. 6 Wochen ist wenig Veränderung in den Preisen vorgekommen, obgleich in dieser Zeit die Läger sich erheblich vermindert haben. Die kriegerischen Aussichten, der erhöhte Zinsfuß und die Gewißheit, daß in den Händen der Producenten sich noch der größte Theil einer reichen Ernte befindet, lähmen die Spekulation.

Auch in Sommergetreide war wenig Geschäft. Für Hafer scheint sich etwas mehr Meinung geltend zu machen, obgleich noch keine ausgedehnteren Armee-Bedürfnisse zu decken sind.

Rüböl war stille in Folge der früher angeführten Gründe. Aus Newyork sind in diesem Jahre bereits ca. 55 Millionen Quart Petroleum exportirt, und in London sind die Talg-Vorräthe auf circa 68,000 Faß gewachsen.

Spiritus bleibt gut behauptet, da unsere Spiritus-Fabrikanten zu den jetzigen Preisen Käufer bleiben. Loco-Waare bleibt dem Begehr reichlich entsprechend zugeführt. In Frankreich wurde es in Folge der rapid gesteigerten Zuckerpreise mit Sprit fester.

An der Börse. Weizen fester und höher, loko p. 85pfd. gelb. 52—56 Rt. bz., weißer Krak. 56—59 Rt. bz., 83/85pfd. gelber Nov. 56½ Gd., Nov.-Dez. 55¾ Gd., Frühjahr 58, 58¼ bz., 58½ Br.

Roggen fest und höher, p. 2000pfd. loko 35½—36¼ Rt. bz., Nov. 35½ bz. u. Gd., Nov.-Dez. 35½ Br., ¼ Gd., Frühj. 37, 37¼ bz.

Gerste und Hafer ohne Umsatz.

Erbsen, Koch- loko 39 Rt. bz.

Rüböl unverändert, loko 12 Rt. bz. u. Gd., Nov. 11 11/12 bz., ⅞ Gd., 12 Br., Nov.-Dez. 11½ Br., April-Mai 11⅞ Br.

Spiritus fest, loko ohne Faß 14⅛ Rt. bz., ohne Faß kurze Lieferung 14⅛ bz., mit Faß loko 14 1/12 bz., Nov. 14 Gd., Nov.-Dez. 14 bz. u. Gd., Dec.-Jan. 14 1/12 Gd., Frühjahr 14⅔ bz., Mai-Juni 14 11/12 bz.

Leinöl loko mit Faß 14 5/12 Rt. Br., 14¼ bz., April-Mai 13 Br. u. Gd.

Leinsamen Pernauer 11⅔ Rt. bz.

Hering, schott. Crown und Fullbrand loko 9 11/12, 10 Rt. tr. bz. (Ostf.-Z.)

Breslau, 23. Novbr. [Produktenmarkt.] Wind: Süd. Wetter: trübe, früh 5° Wärme. Barometer 27" 9'''. Bei beschränkter Kauflust war im Allgemeinen am heutigen Markte matte Stimmung vorherrschend. Weizen war wenig beachtet. Wir notiren p. 84pfd. weiß. schles. 54—68 Sgr., gelb. 53—61 Sgr., feinste Sorten über Notiz bz.

Roggen matt bei reichlichen Angeboten, p. 84pfd. 40—43—45 Sgr.

Gerste vernachlässigt, p. 70pfd. 30—35 Sgr., feinste weiße 36—38 Sgr.

Hafer ruhig bei stärkeren Offerten, p. 50pfd. 26—28 Sgr.

Kocherbsen 52—56 Sgr., Futter- 46—50 Sgr. p. 90pfd.

Bohnen, galiz. 60—68 Sgr., schles. 68—74 Sgr. p. 90pfd.

Wicken 47—50 Sgr.

Oelsaaten bei reichlichen Offerten etwas fester, Winterraps 190—204—214 Sgr., Winterrübsen 184—192—202 Sgr., Sommerrübsen 156—168—174 Sgr. p. 150 Pfd. Brutto.

Rapskuchen 49—53 Sgr. p. Ctr.

Schlaglein nur in feiner Waare verkäuflich, geringe Sorten waren gänzlich vernachlässigt, 5½—6—6¼—6½ Rt. p. 150 Pfd. Brutto.

Kleesaaten bei schwachen Offerten höher gehalten, roth. ordin. 9—10, mittel 10½—11½, fein u. hochf. 12—12¾ Rt., weiß. ord. 10—11⅓, mittel 13—15, fein 16—17½, hochfein 18—19 Rt.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80% Tralles) 13⅝ Rt. Gd.

Breslau, 23. Novbr. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat roth fest, ord. 10—10½, mittel 11—11⅔, fein 12—12⅓, hochfein 12½—12⅔ Rt. Kleesaat weiß wenig Geschäft, ord. 10—10⅔, mittel 13¾—15¾, fein 16¾—17¾, hochfein 18—19 Rt.

Roggen (p. 2000pfd.) spätere Termine fest, p. Nov. u. Nov.-Dez. 32¾ Gd., Dez.-Jan. 32½ bz. u. Gd., Jan.-Febr. 33 Gd., April-Mai 1864 34½—¾—⅝ bz.

Weizen p. Nov. 47½ Br.

Raps p. Nov. 98 Br.

Rüböl wenig verändert, gekündigt 100 Ctr., loko 11¾ Br., ⅔ Gd., p. Nov. 11 17/24 bz., Nov.-Dez., Dez.-Jan. u. Jan.-Febr. 11½ Br., April-Mai 1864 11¼ bz.

Spiritus höher, gekündigt 45,000 Quart, loko 13⅝ Gd., 11/12 Br., p. Nov. u. Nov.-Dez. 13⅔ bz. u. Gd., Dez.-Jan. 13 11/12 bz., Jan.-Febr. 14 bz., April-Mai 1864 14⅓—½ bz., Mai-Juni 15 Br.

Zink ohne Umsatz. (Bresl. Hdls.-Bl.)

Magdeburg, 23. Novbr. Weizen 50—53 Thlr., Roggen 39—42½ Thlr., Gerste 33—38 Thlr., Hafer 23½—25 Thlr.

Kartoffelspiritus. (Herm. Gerson.) Lokowaare sehr knapp, Termine etwas bessere Stimmung. Loko 15⅓ Thlr., kurze Lieferung für 15⅙ Thlr. ohne Faß; Novbr. 14¾ Thlr., Novbr.—Dez. 14⅝ Thlr., Dez.—Jan. 14⅝ Thlr., Jan.—Febr. 14¾ Thlr., April—Mai 15⅓ Thlr. pr. 8000 pCt. mit Uebernahme der Gebinde à 1⅓ Thlr. pr. 100 Quart.

Telegraphischer Börsenbericht.

Amsterdam, 23. Novbr. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen und Roggen 2—3 Fl. höher. Raps November 67½, September 69¼ bis 69. Rüböl November 38¾, April 38¾.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 23. November Vormittags 8 Uhr 8 Zoll.
" " 24. " " 8 "

(Telegramm.) Gotha, 24. November. **Der Ausschuß des Nationalvereins hatte die Herren von Bennigsen und Fries als Deputation an den Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein hierher gesandt; dieselben wurden vom Herzoge und seinen Räthen empfangen. Auf die Ansprache der Deputation erwiderte der Herzog: In dieser Sache darf es keine Unterscheidung zwischen Regierung und Völkern, keine Parteien innerhalb der Völker geben. Das Rechtsgefühl der Völker sei der beste Schutz für die Rechte der Fürsten. Man hat die Schleswig-Holsteiner im Namen des Rechts der Fürsten lange unterdrücken dürfen, im Namen dieses Rechts der Fürsten werde ich sie befreien, so Gott will, bald.**

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 21. November 1863.

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	98½ bz
Staats-Anl. 1859	5	102 bz
do. 50, 52 konv.	4	95 bz
do. 54, 55, 57, 59	4½	98½ bz
do. 1856	4½	98½ bz
do. 1853	4	95 bz [1862]
Präm.St.Anl. 1855	3½	116 bz [95 bz]
Staats-Schuldsch.	3½	87 bz
Kur- u Neum.Schldv	3½	— —
Oder-Deichb.-Obl.	4½	99¾ G
Berl. Stadt-Obl.	4½	99¼ bz
do. do	3½	83 G
Berl. Börsenh. Obl.	5	— —
Kur- u. Neu-Märkische	3½	86½ bz
	4	98¼ B
Ostpreußische	3½	81 G
do.	4	91 bz
Pommersche	3½	86½ bz
do. neue	4	97½ G
Posensche	4	— —
do.	3½	— —
do. neue	4	90½ B
Schlesische	3½	89 G
do. B. garant.	3½	— —
Westpreußische	3½	82 bz
do.	4	91 B
do. neue	4	— —
Rentenbriefe: Kur- u Neumärk.	4	93 bz
Pommersche	4	93 bz
Posensche	4	91 bz
Preußische	4	92 B
Rhein.-Westf.	4	— —
Sächsische	4	94¼ G
Schlesische	4	93½ bz

(Die Gruppe Kur- u. Neu-Märkische bis Westpreußische do. neue ist mit „Pfandbriefe“, die Gruppe Kur- u Neumärk. bis Schlesische mit „Rentenbriefe“ bezeichnet.)

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	60 bz
do. National-Anl.	5	64¾-65-64¾ bz
do. 250fl.Präm.Ob.	4	70 G
do. 100fl.Kred.Loose	—	74½ B
do.5prz.Loose(1860)	5	73-73½-72¾-73b
Italienische Anleihe	5	69¼ bz
Russische: 5. Stieglitz Anl.	5	80¾ G
6. do.	5	90 G
Englische Anl.	5	87 B
N.Russ.Egl.Anl	3	55 G
do.	4½	— —
do. v. J. 1862	5	85¾ bz u G
Poln.Schatz-O.	4	69 B
Polnische: Cert. A. 300 Fl.	5	87 B
do. B. 200 Fl.	—	— —
Pfdbr. n. i. SR.	4	79 bz ¼ B
Part. O. 500 Fl.	4	85 B
Hamb.Pr. 100BM.	—	— —
Kurh. 40 Thlr.Loose	—	53½ G
NeueBad.35fl.Loos.	—	29½ etw bz
Dessauer Präm.Anl.	3½	98½ bz
Lübecker Präm. Anl.	3½	48½ Rt.b (p.St.)

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	113 B
Berl. Handels-Ges.	4	105½ B
Braunschwg. Bank-	4	65 Kl bz u G
Bremer do.	4	103 bz
Coburger Kredit-do.	4	89¾ etw bz u B
Danzig. Priv. Bk.	4	97½ B
Darmstädter Kred.	4	81¼ G
do. Zettel-Bank	4	97½ G
Dessauer Kredit-B.	4	2¾ etw bz u G
Dessauer Landesbk.	4	28¾ bz u B
Disk. Komm. Anth.	4	92-93 bz
Genfer Kreditbank	4	47¼-¾ bz u G
Geraer Bank	4	92 bz
Gothaer Privat do.	4	88½ B
Hannoversche do.	4	96 B
Königsb. Privatbk.	4	100 B
Leipziger Kreditbk.	4	66½ etw bz u G
Luxemburger Bank	4	102 B
Magdeb. Privatbk.	4	88 etw bz
Meininger Kreditbk.	4	90 bz u G
Moldau. Land. Bk.	4	28½ etw bz
Norddeutsche do.	4	101½ G Kl bz
Oestr. Kredit- do.	5	71-½-70½-¾ bz
Pomm. Ritter- do.	4	93 B
Posener Prov. Bank	4	92 B
Preuß. Bank-Anth.	4½	121½ bz
do. Hypoth.-Vers.	4	110 B
do. do. Certific.	4½	101¼ bz u G
do. do. (Henkel)	4	105 G
Schles. Bankverein	4	97 B
Thüring. Bank	4	68¾ Mehr bz u G
Vereinsbnk. Hamb.	4	102¾ G
Weimar. Bank	4	87¾ B

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	— —
do. II. Em.	4	— —
do. III. Em.	4½	— —
Aachen-Mastricht	4½	— —
do. II. Em.	5	— —
Bergisch-Märkische	4½	— —
do. II. Ser. (conv.)	4½	98½ B
do. III. S. 3½ (R.S.)	3½	78 bz
do. Lit. B.	3½	78 bz
do. IV. Ser.	4½	— —
do. Düsseld. Elberf.	4	— —
do. II. Em.	4½	— —
III. S. (Dm.-Soest	4	— —
do. II. Ser.	4½	— —
Berlin-Anhalt	4	— —
do.	4½	98½ B
Berlin-Hamburg	4	— —
do. II. Em.	4	— —
Berl. Potsd.Mg. A.	4	— —
do. Litt. B.	4	— —
do. Litt. C.	4	88 bz
Berlin-Stettin	4½	— —
do. II. Em.	4	87¾ bz
Berl.-Stet.III.Em.	4	87¾ bz
do.IV.S. v.St.gar.	4½	98¼ bz
Bresl.-Schw.-Fr.	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	— —
do. II. Em.	5	— —
do.	4	— —
do. III. Em.	4	— —
do.	4½	95¼ bz
do. IV. Em.	4	87 B
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	86 B
do. III. Em.	4½	— —
Magdeb. Halberst.	4½	— —
Magdeb. Wittenb.	4½	100 bz
Mosco-Rjäsan S.g.	5	82 B
Niederschles. Märk.	4	91 bz
do. conv.	4	— —
do. conv. III. Ser.	4	— —
do. IV. Ser.	4½	— —
Niederschl. Zweigb.	5	100 B
Nordb., Fried.Wilh.	4½	— —
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	— —
do. Litt. C.	4	— —
do. Litt. D.	4	— —
do. Litt. E.	3½	79 B
do. Litt. F.	4½	98 B
Oestr. Französ. St.	3	250 bz u G
Oestr.südl.Staatsb.	3	252 bz u G
Pr. Wilh. I. Ser.	5	— —
do. II. Ser.	5	— —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	— —
do. v. Staat garant.	3½	— —
do. Prior. Obl.	4½	93½ bz
do. 1862	4½	93½ bz
do. v. Staat garant.	4½	— —
Rhein-Nahe v.St.g.	4½	93¼ bz
do. II. Em.	4½	93¼ bz
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	— —
do. III. Ser.	4½	— —
Stargard-Posen	4	— —
Starg.-Posen II Em	4½	— —
do. III. Em.	4½	— —
Thüringer	4	— —
do II. Ser.	4½	— —
do. III. Ser.	4	— —
do. IV. Ser.	4½	98 B

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	91 bz
Aachen-Mastricht	4	24¾ bz
Amsterd. Rotterd.	4	99½ bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	102½ bz
Berlin-Anhalt	4	146 bz
Berlin-Hamburg	4	115 bz
Berl. Potsd. Magd.	4	175½ bz
Berlin-Stettin	4	123½ bz
Böhm. Westbahn	5	61 B
Bresl. Schw. Freib.	4	126 bz
Brieg-Neiße	4	81½ B
Cöln-Minden	3½	168 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	47 bz
do. Stamm-Pr.	4½	— —
do. do.	5	— —
Ludwigshaf. Bexb.	4	132 G
Magdeb. Halberst.	4	290 B
Magdeb. Leipzig	4	— —
Magdeb. Wittenb.	4	61½ bz
Mainz-Ludwigsh.	4	120 bz
Mecklenburger	4	58-58¼ bz
Münster-Hammer	4	94 B
Niederschles. Märk.	4	94 B
Niederschl. Zweigb.	4	55½ B
Nordb., Frd. Wilh.	4	53½-53 bz u G
Oberschl. Lt. A. u.C.	3½	145½ bz
Oest. Franz. Staat.	5	102¼-102 bz u B
Oest.sdl.StB (Lom)	5	138¼-38 bz
Oppeln-Tarnowitz	4	48½ bz
Pr.Wilh. (Steel-V)	4	— —
Rheinische	4	91 bz
do. Stamm-Pr.	4	100 G
Rhein-Nahebahn	4	20⅛ bz
Ruhrort-Crefeld	3½	— —
Ruff. Eisenbahnen	5	106 G
Stargard-Posen	3½	97 bz
Thüringer	4	120 bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113½ bz
Gold-Kronen	—	9. 6¾ bz
Louisd'or	—	110½ bz
Sovereigns	—	6. 21¼ bz
Napoleonsd'or	—	5. 10⅛ bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	Imp. 461 bz u G
Dollars	—	1. 11¼ bz
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 27 bz
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅞ G.
Fremde Noten	—	99½ bz
do. (einl. in Leipz.)	—	99⅞ G
Oestr. Banknoten	—	81½ bz
Poln. Bankbillets	—	88½ bz
Russische do.	—	88¾ bz

Industrie-Aktien.

Dess. Kont. Gas-A.	5	134 bz
Berl. Eisenb. Fab.	5	88 etw bz u B
Hörder Hüttenv.A.	5	98 B
Minerva, Brgw.A.	5	20 G
Neustädt. Hüttenv.	4	2¾ Rt.G fr. Zins.
Concordia	4	340 B p. Stck.

Wechsel-Kurse vom 21. November.

Amstrd. 250 fl. 10T	3	141⅞ bz
do. 2 M.	3	140⅝ bz
Hamb. 300 Mk. 8T.	3	151¾ bz
do. do. 2 M.	3	150¼ bz
London 1 Lstr. 3M.	4	6. 19⅞ bz
Paris 300 Fr. 2M.	4	79¼ bz
Wien 150 fl. 8 T.	—	81⅜ bz
do. do. 2 M.	5	80⅜ bz
Augsb. 100 fl. 2M.	2½	56. 20 bz
Frankf. 100 fl. 2M.	2½	56. 22 bz
Leipzig 100 Tlr. 8T.	4½	99¾ bz
do. do. 2 M.	4½	99 1/12 bz
Petersb. 100 R. 3W	4	96¾ bz
do. do. 3 M.	6	95⅛ bz
Brem. 100 Tlr. 8T.	4½	109⅞ bz
Warschau 90 R. 8T.	5	88 bz

Unbeträchtliche Kursherabsetzungen auf dem Eisenbahnmarkte, welche der Börse das Merkmal der Flauheit verliehen und sich im Allgemeinen geltend machten.

Breslau, 23. November. Sehr bewegte Börse bei weichenden Kursen sämmtlicher Spekulations-Papiere, welche zu wesentlich niedrigen Kursen offerirt, zuletzt etwas höher begehrt waren.

Schlußkurse. Disk.-Komm.-Anth. —. Oestr. Kredit-Bankakt. 70⅝-⅜ bz. u G. Oestr. Loose 1860 72½-¼-½ bz. u G. Schles. Bankverein 97 B. Breslau-Schweidnitz-Freiburg. Aktien 125¼ G. dito Prior. Oblig. 93¼. dito Prior.-Oblig. Lit. D. 99¼ B. dito Prior. Oblig. Lit. E. 99¼ B. Köln-Mindener Prior. 89¾ Br. Neiße-Brieger 81¾ B. Oberschles. Lit. A. u. C. 144⅞ G. dito Lit. B. 135¾ G. dito Prior. Oblig. 92¾ Br. dito Prior. Obligationen 99¾ B. dito Prior. Oblig. Lit. E. 80¼ Br. Rheinische —. Oppeln-Tarnowitzer 48½ Br. Kosel-Oderberger 47 B. do. Prior. Oblig. —. do. Prior. Oblig. —. do. Stamm-Prior. Oblig. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., Montag 23. November, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Die Börse eröffnete merklich niedriger, schloß jedoch viel besser. Finnländ. Anleihe 82.

Schlußkurse. Staats-Prämien-Anleihe —. Preußische Kassenscheine 104⅞. Ludwigshafen-Berbach 135½. Berliner Wechsel 105. Hamburger Wechsel 88¼. Londoner Wechsel 117⅞. Pariser Wechsel 93⅛. Wiener Wechsel 94¼. Darmstädter Bankakt. 208. Darmstädter Zettelbank 248. Meininger Kreditaktien 90. Luxemburger Kreditbank 102. 3% Spanier —. 1% Spanier 45½. Span. Kreditb. Pereira —. Span. Kreditb. v. Rothschild —. Kurhessische Loose 53 Badische Loose —. 5% Metalliques 57⅞. 4½% Metalliques 48⅞. 1854r Loose 69⅞. Oestr. National-Anlehen 62⅞. Oestr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien —. Oestr. Bankantheile 729. Oestr. Kreditaktien 164½. Oestr. Elisabethbahn 107½. Rhein-Nahebahn 23. Hess. Ludwigsb. 120. Neueste östr. Anl. 73⅜.

Wien, Montag 22. November. (Schluß-Kurse der officiellen Börse.) Valuten anziehend.

5% Metalliques 73, 00. 4½% Metalliques 63, 75. 1854er Loose 89, 00. Bankaktien 782, 00. Nordbahn 167, 30. National-Anlehen 79, 80. Kredit-Aktien 177, 80. St. Eisenb. Aktien-Cert. 188, 50. London 122, 75. Hamburg 92, 50. Paris 48, 40. Böhmische Westbahn 152, 50. Kreditloose 136, 50. 1860r Loose 90, 80. Lombardische Eisenbahn 253, 00.

Hamburg, Montag 23. November, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Kurse schwankend; Börse ruhiger bei nicht bedeutendem Geschäft. Luft frisch.

Schlußkurse. National-Anleihe —. Oestr. Kreditaktien 69⅞. Oestr. 1860er Loose 72. 3% Spanier —. 2½% Spanier —. Mexikaner 37. Vereinsbank 104¼ B. Norddeutsche Bank 100⅞. Rheinische 89⅞ B. Nordbahn 52. Diskonto 5¼.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. M. M. Jochmus in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.